Kanzleistudien.

Von

Gerhard Seeliger.

II. Das Kammernotariat und der archivalische Nachlass Heinrichs VII.

Einleitung.

An drei verschiedenen Orten: im Staatsarchiv zu Turin, im Capitell- und im Familienarchiv Roncioni zu Pisa befinden sich merkwürdige Archivalien, welche — obschon gegenwärtig zerstreut — den Zusammenhang früherer Einheit deutlich erkennen lassen und als Ueberreste eines in gewissem Sinne einheitlichen archivalischen Nachlasses Kaiser Heinrichs VII. anzusehen sind. Dieses eigenthümliche Material, das in seiner Vielseitigkeit im ganzen deutschen Mittelalter nicht seines Gleichen hat, verdient nach jeder Richtung hin eine gründliche Untersuchung. Ist schon für Forschungen zur äusseren politischen Geschichte, welche Angaben desselben zu benützen haben, eine Bekanntschaft mit seiner Beschaffenheit keineswegs gleichgiltig, so begehrt seine zweckmässige Verwerthung bei Erörterungen über Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte unbedingt die genaueste Kenntniss seiner Herkunft und seines verhältnissmässigen Umfanges. Wir müssen vorher wissen, woher das Material kommt, wessen Nachlass es vorstellt und vor allem, in welchem Masse das jetzt Erhaltene auf den Umfang des einstigen Vorrathes hinzuweisen geeignet ist.

Seit J. Ficker im Jahre 1854 seine treffliche Abhandlung „Die Ueberreste des deutschen Reichsarchivs zu Pisa“ veröffentlicht¹⁾ und zuerst die Aufmerksamkeit des Historikers diesem Gegenstande zuwandte,

¹⁾ In den Sitzungsberichten der Wien. Akad. phil. hist. Classe 14, 142—160. Dazu 87 urkundl. Beilagen S. 161—237.

hat man meines Wissens den archivalischen Nachlass Heinrichs im Zusammenhange nicht wieder gewürdigt, sondern — falls gelegentlich die Sprache darauf kam — die Ergebnisse Fickers einfach wiederholt. Und doch ist die Grundlage für eine Untersuchung dieser Art während der letzten Jahrzehnte wesentlich erweitert worden. Lagen schon Ficker die Bestände des Turiner Archivs in der Ausgabe von Dönniges vor¹⁾ und hat er selbst eine Reihe von Schriftstücken aus den beiden Pisaner Archiven mitgetheilt, so ist doch erst durch die Veröffentlichung Bonainis²⁾ Vollständigkeit erreicht und ein Ueberblick über den ganzen Nachlass Heinrichs ermöglicht worden.

Indem ich nun versuche, dieses Material eingehend zu prüfen, will ich der Untersuchung von vorneherein andere und weitere Ziele stecken, als dies einst von Ficker geschehen ist.

Die Frage nach der Natur der erhaltenen Ueberreste und nach ihrem Verhältniss zum einstigen Bestand kann erst im Zusammenhang mit anderen Erörterungen beantwortet werden, mit Erörterungen, welche sich eine eingehende Kenntniss von der Erzeugung und Aufbewahrung der Urkunden zu verschaffen streben. Der archivalische Nachlass Heinrichs bilde daher Mittel- und Ausgangspunkt für einige Untersuchungen über die Art der schriftlichen Erledigung von Geschäften bei Hof. Und da damals diese Erledigung vornehmlich in zwiefacher Art erfolgen konnte: in Notariatsinstrumenten, welche von öffentlichen Notaren geschrieben, und in Königsurkunden, welche in der Hofkanzlei gefertigt wurden, so hat unsere Untersuchung zuerst das gegenseitige Verhältniss dieser beiden Arten von Aufzeichnungen königlicher Regierungshandlungen zu erörtern, hierauf nach der Eigenart der am Hofe wirkenden Notare — der Kammernotare unter Heinrich VII — und nach ihren Beziehungen zur Kanzlei zu fragen, um schliesslich auf Grund einer gewonnenen sicheren Kenntniss dieser Dinge den Nachlass selbst zu prüfen.

Eine Einschränkung muss sich allerdings die Untersuchung auferlegen. Es war mir nicht vergönnt, in das handschriftliche Material Einblick zu thun. Mancher Punkt musste unerledigt bleiben, auf manche abschliessende Erörterung verzichtet werden. Für die gesicherte Lösung der Hauptfragen genügte indessen die Benützung der ausführlichen Drucke von Dönniges, Ficker und Bonaini.

¹⁾ Dönniges, *Acta Henrici VII.*, 2 Bde, 1839. ²⁾ F. Bonaini, *Acta Henrici VII.* B. 1, 1877.

1. Notariatsinstrument und Königsurkunde.

Lange Zeit besass allein die Königsurkunde volle Beweiskraft, nur sie bezeugte an sich — äusserlich als echt anerkannt — die volle Glaubwürdigkeit aller ihrer Angaben, und mit Todesstrafe bedrohte das Gesetz Jeden, welcher ihre innere Wahrhaftigkeit anfocht, ohne sich auf die entgegenstehenden Aussagen einer anderen Königsurkunde stützen zu können¹⁾. Die Privaturkunde der germanischen Völker dagegen galt nicht als beweiskräftiges Zeugniß, sondern bloss als Hilfsmittel, um die Richtigkeit der gemeldeten Thatsachen festzustellen²⁾.

In karolingischer Zeit ist zwar der Anlauf gemacht worden, darüber hinaus der vom öffentlichen Gerichtsschreiber verfassten Urkunde mitunter höhere Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Ein Capitulare bestimmte, dass ein Freigelassener alle Zweifel an seiner Freiheit durch Erweis der formellen Echtheit seiner von einem öffentlichen Gerichtsschreiber gefertigten Freilassungsurkunde beseitigen könne, falls eine Vorführung der Handlungszeugen nicht mehr möglich sei³⁾.

Doch war das bloss der Anfang einer Entwicklung, welche damals nicht fortgesetzt wurde. Denn in der zweiten Hälfte des neunten und im zehnten Jahrhundert sind die Privaturkunden unterschiedslos wieder lediglich Hilfsmittel, um die berichtete Thatsache selbst vor Gericht zu erweisen⁴⁾. Das gilt in gleicher Weise von den Urkunden Deutschlands wie von denen Italiens, obschon in diesen beiden staatlichen Gebieten, welche mehrere Jahrzehnte von einander getrennt waren, das Schriftwesen eine sehr verschiedene Entwicklung eingeschlagen hatte.

Das italienische Notariat. Die grossen Anregungen der karolingischen Verwaltung nämlich, den Gebrauch von Urkunden im Rechtsleben auszudehnen und in die Hand öffentlicher Beamter zu legen, haben in den auf so verschiedenen Kulturstufen stehenden Reichtheilen nicht den gleichen Anklang gefunden. Als die Weltmonarchie der Karolinger sich auflöste, verschwand in dem germanischen Theil-

¹⁾ Wenn Bresslau (Urkundenbeweis und Urkundenschreiber im älteren deutschen Recht in Forschungen z. d. Gesch. 26, 8 f. und Handbuch der Urkundenlehre I, 483) gegen Brunner und Sohm auch eine missglückte Anfechtung der formellen Echtheit einer Königsurkunde mit dem Tode bestraft werden lässt, so scheint mir das weder aus dem Wortlaut der lex Rib. LX. 6 noch aus sachlichen Erwägungen gefolgert werden zu dürfen. — Bei allen Bestimmungen der Volksrechte über Urkundenbeweis ist die formelle Echtheit stets Voraussetzung.

²⁾ Bresslau in Forschungen 26, 3 f.

³⁾ Bresslau in Forschungen 26, 23.

⁴⁾ Bresslau, Urkundenlehre 489 f.

reiche das öffentliche Schreiberamt, weil die einfachen gesellschaftlichen Verhältnisse dasselbe nicht benöthigten¹⁾, während in dem fortgeschrittenen Italien, wo ein volles Verständniss für römische Rechtsgebräuche herrschte, die karolingische Einrichtung üppig weitergedieh. Hier waren im 9. Jahrhundert zu den territorialen Gerichtsschreibern kaiserliche Notare und Pfalznotare hinzugekommen, deren öffentliche Schreiberbefugniss nicht lokal beschränkt war, da die mittelbare oder unmittelbare Ableitung des Amtes vom Kaiser ihnen das ganze italienische Reich als Wirkungskreis zuwies.

Anfangs als Hilfsorgane für den Schreiberdienst beim Gericht des Königs und seiner Stellvertreter eingesetzt, waren sie bald selbständig ohne Zugehörigkeit zum Königsgericht thätig, das lokale und provinziale Notariat verdrängend und ersetzend²⁾. Noch hat aber die Forschung diese Verhältnisse nicht untrüglich klargestellt. Noch ist nicht abschliessend untersucht worden, wie die verschiedenen Gruppen von öffentlichen Schreibern sich zu einander verhielten, ob und inwieweit diese entsprechend der verschiedenen Herleitung ihrer Aemter auch ein ungleich ausgedehntes Gebiet der Wirksamkeit besaßen: die alt-römischen Tabellione in der Romagna, die päpstlichen Scriniare im Römischen, die Pfalz- und Königsnotare im übrigen Nord- und Mittelitalien, zu denen sich doch wohl auch noch im 11. und 12. Jahrhundert die Notare territorialer Herren beigesellten.³⁾

Trotz gewisser Verschiedenheiten bildete sich indessen mehr und mehr eine Einheit des Notariats aus, eine Einheit, hinter welcher die Abweichungen im Titel und in der Herleitung der Befugnisse zurücktraten. Und dazu kam, dass man im 12. Jahrhundert unter dem Einfluss des vordringenden römischen Rechts und seiner imperatorischen Staatslehren begann, die Ausübung des öffentlichen Notariats von der Gewährung des Amtes durch eine der beiden universellen Mächte: Kaiser oder Papst abhängig zu machen. Bald wird dies allgemein anerkannter Grundsatz; der „*publicus imperiali auctoritate notarius*“ oder der „*publicus apostolica auctoritate notarius*“ erscheint allein berechtigt, als öffentliche Beurkundungsperson zu wirken.

Deutschland ist zunächst von dieser Bildung nicht berührt worden.

¹⁾ Vgl. die Zusammenstellung Bresslaus in *Forschungen* 26, 64. ²⁾ Ueber die Geschichte des Notariats, die hier nur flüchtig berührt werden kann, ist zu vergleichen Ficker, *Forschungen z. Reichs- und Rechtsgesch. Italiens* 2, 69–75 und Bresslau, *Urkundenlehre* 460 f. ³⁾ Nach Ficker, *Forschungen* 2, 70 f. soll es in der Lombardei und in Tuscan schon im 11. Jahrhundert nur noch Pfalznotare gegeben haben, während in der Romagna die lokalen Notare sich bis in die zweite Hälfte des 12. Jahrh. erhielten. Doch scheint mir ein Beweis dafür nicht erbracht zu sein.

Hier hat das öffentliche Notariat nicht Eingang gefunden. Die im Rechtsleben nicht häufig erforderlichen Schreibgeschäfte wurden von schriftkundigen Männern geistlichen Standes verrichtet, die sich an den Höfen vornehmer Herren aufhielten. Diese entbehrten zwar des öffentlichen Amtsscharakters, welcher die italienischen Notare auszeichnete; aber ihre urkundlichen Aufzeichnungen erhielten im Siegel vollen Ersatz für das fehlende persönliche Ansehen des Urkundenschreibers¹⁾. Die Besiegelung der deutschen Privaturkunde war berufen, die Beglaubigung zu gewähren, welche in Italien durch die öffentliche Stellung des Notares hervorgerufen wurde.

Indessen besaßen alle Privaturkunden — die deutschen ebenso wie die italienischen, sei es dass sie ihre Beglaubigung durch ein Siegel oder durch die Schrift und Unterschrift eines Notares empfingen — nicht entfernt die volle Beweiskraft der Königsurkunde. Keineswegs war rechtlich mit ihrer formellen Echtheit auch die Wahrhaftigkeit ihrer Aussagen anerkannt. Erst allmählich erlangten sie in dieser Hinsicht Gleichberechtigung mit den Diplomen der königlichen Kanzlei. Wann aber dieser Fortschritt erfolgte, wann die Instrumente italienischer Notare und die mit Siegeln vornehmer Herren oder politischer Genossenschaften geschmückten deutschen Privaturkunden als untrügliche Zeugnisse der enthaltenen Angaben zu gelten begannen, müsste erst eine genauere Untersuchung feststellen. Ein Dekretale Alexanders III. setzt bereits die volle Beweiskraft des *sigillum authenticum* fest und stellt diesem die *manus publica* des Notares als gleichwerthig an die Seite²⁾. Aber wohl schon weit früher, vermuthlich bereits am Ende des 11. Jahrhunderts hatten die richtig beglaubigten Privaturkunden in Deutschland und Italien vollen Beweiswerth erreicht.³⁾

Notarielle Gerichtsurkunden in Italien. Man wäre versucht, aus den bisherigen Erörterungen zu folgern, dass eine notarielle Beurkundung königlicher Regierungshandlungen erst zu einer Zeit möglich geworden sei, da die Aufzeichnungen der Notare bereits die Glaubwürdigkeit der Königsurkunde erlangt hatten. Aber schon weit früher, schon seit dem 9. Jahrhundert kam es vor, dass die Notariats-Instrumente an Stelle von Königsurkunden angewendet wurden. Aller-

¹⁾ Schon Oesterley, *Das d. Notariat* 1, 376 hat auf diese Bedeutung des Siegels hingewiesen. Vgl. auch Bresslau in *Forschungen* 26, 66 und über die Anfänge der Besiegelung nichtköniglicher Urkunden, *Bresslau Urkundenlehre* 1, 521 f. ²⁾ Bresslau, *Urkundenlehre* 1, 494 f. ³⁾ Das scheint sich aus der Thatsache zu ergeben, dass schon am Ende des 11. Jahrhunderts Notariatsinstrumente zur Aufzeichnung aussergerichtlicher Regierungshandlungen verwendet wurden. Vgl. unten S. 407 f.

dings bloss bei einer Gruppe königlicher Regierungsakte und nur in einem Reichtheile, nämlich bei Gerichtshandlungen in Italien.

In einer Eigenthümlichkeit des langobardisch-italienischen Gerichtswesens ist der Grund dafür zu suchen, in einer Eigenthümlichkeit, welche durch die karolingische Eroberung und durch die fränkische Gesetzgebung keineswegs beeinträchtigt wurde. Im Gegensatz zu den im fränkischen Rechtsgebiet herrschenden Bräuchen hat in Italien frühzeitig das Gerichtszeugniss sich ausgebildet und in Verbindung damit die Gerichtsurkunde volle Beweiskraft und Unanfechtbarkeit erlangt¹⁾. Die notariellen Aufzeichnungen, welche wirkliche Gerichtssachen betrafen²⁾, besaßen daher stets die Eigenschaft von öffentlichen Urkunden und nur eine allmähliche Ausdehnung dieser Eigenthümlichkeit von einer Art notarieller Erzeugnisse auf alle Instrumente war es, welche die Notare im 11. und 12. Jahrhundert zu allgemein glaubwürdigen Beurkundungspersonen erhob. Die Entwicklung des Notariates ist unserem Verständniss näher gerückt, wenn wir dieses Moment vor Augen halten.

Von Anfang an wären demnach die Notare in Italien befugt gewesen, königliche Richterhandlungen glaubwürdig aufzuzeichnen. Aber erst in späterer Zeit haben sie in dieser Richtung eine Wirksamkeit auszuüben begonnen.

In der merovingischen Periode sind Gerichtsbriefe ausschliesslich von der königlichen Kanzlei ausgefertigt worden, wobei der Pfalzgraf das Referat über die Gerichtshandlung an diese Behörde besorgte³⁾. Unter den Karolingern ist dann zwar die Abfassung derselben nicht mehr Sache der Kanzlei, doch ward sie nicht von beliebigen Notaren vorgenommen, sondern von eigenen, dem Pfalzgrafen untergebenen Schreibern, welche die Aufzeichnung unter Beobachtung eigenthümlicher von den sonstigen Königsdiplomen verschiedener Formen besorgten und diese mit besonderem Königssiegel beglaubigten⁴⁾.

Naturgemäss fanden diese Gerichtsbriefe im germanischen Theilreich der Karolinger keine weitere Pflege. Wie hier im 9. und 10. Jahrhundert nach und nach das provinziale Gerichtsschreiberamt zurücktrat, so verschwand auch das Notariat des königlichen Hofgerichtes

¹⁾ Brunner, Zur Rechtsgeschichte der röm. und germ. Urkunde I, 9 f. Ueber den Unterschied des fränk. und langob. Gerichtszeugnisses vgl. auch Brunner in „Festgaben für Heffter“ S. 140 f. Die fränk. Gerichtsurkunde war im Gegensatz zur langobardischen anfechtbar. ²⁾ Nur jene Urkunde, welche auf Grund eines Urkundungsbefehles ausgefertigt ist Gerichtsurkunde. Brunner, Zur Rechtsgesch. der Urk. 9. ³⁾ Vgl. Brunner in Festgaben 168 f. ⁴⁾ Sickel, Acta Karol. I, 356—65; Brunner in Festgaben 168.

und mit ihm die Sonderart königlicher Gerichtsurkunden. In gewöhnlichen Königsdiplomen fertigte während der folgenden Jahrhunderte die Hofkanzlei in Deutschland die höchsten Richtersprüche — soweit überhaupt eine Aufzeichnung derselben für nothwendig erachtet wurde.

In Italien aber war inzwischen zur Zeit der späteren Karolinger die Verbriefung königlicher Richterakte in einer neuen Art erfolgt. Wie im 9. Jahrhundert die italienische Gerichtsurkunde im Allgemeinen eine Aenderung erfuhr, indem sie nicht mehr als subjektiver Bericht des Vorsitzenden, sondern als objektive Bemerkung des Schreibenden gefasst erschien¹⁾, so vollzog sich auch bei den urkundlichen Aufzeichnungen über Handlungen des Königsgerichtes eine bedeutungsvolle Wandlung. Vielleicht gerade der Umstand, dass der ostfränkische Karl III. nicht mehr die eigenthümliche königliche Gerichtsurkunde kannte, bewog ihn, in Italien den provinziellen Einflüssen nachzugeben. Diesen entsprechend wurden fortan auch die Richtersprüche des Königs als Berichte der Notare beurkundet — u. z. finden wir hierbei nicht allein die Pfalznotare thätig, welche als ständige Beamte des Hofgerichtes verwendet wurden, sondern mitunter auch andere öffentliche Notare, die sonst zum Königshof in keinem nähern amtlichen Verhältniss sich befunden zu haben scheinen²⁾.

An diesen Punkt der Entwicklung nun knüpfte das Königthum der Ottonen an, als es seine Herrschaft über Italien ausgedehnt hatte. Doch ward jetzt die Aufzeichnung der gerichtlichen Handlungen — soweit sie nicht als Königsurkunde in der Kanzlei erfolgte — regelmässig ausserhalb der ständigen Hofbehörden vollzogen. Ueberhaupt griff eine gewisse Mannigfaltigkeit in der Beurkundung dieser Gruppe von Regierungsakten platz. Wenn wir hören, dass Abt Johann von S. Vincenzo einen zu seinen Gunsten von Otto II. im Jahre 981 zu Salerno erfolgten Spruch selbst verbriefte und die kaiserliche Bevollmächtigung allein in der Zulassung des Hofkanzlers als Mitunterfertigers ausdrückte³⁾, so ist das sicherlich nur ein zufällig erhaltenes Beispiel zahlreicher gleicher Fälle. Anderthalb Jahrhunderte später wenigstens begegnet uns etwas Aehnliches in Deutschland: der Bischof

¹⁾ Ficker, Forschungen I, 14 f. ²⁾ Das älteste mir bekannte Beispiel dieser neuen Verbriefungsart königlicher Richtersprüche stammt aus dem Jahre 880. Muratori, Ant. Ital. I, 359 (Mühlbacher Nr. 1562). Als Schreiber erscheint ein Notar Aldegrauso, während der Pfalznotar Adelpertus neben dem Pfalzgrafen und den judices bloss unterfertigt. — Muratori II, 931 (Mühlbacher Nr. 1569) v. J. 881 ist dagegen vom Pfalznotar Raidulf geschrieben. — Vgl. auch Mühlbacher in Wien. Sitzungsberichten 92, 470 f. ³⁾ Mon. Germ. Diplomata Otto II. (DD O. II.) Nr. 266 (Stumpf Nr. 813).

von Würzburg beurkundete im Jahre 1136 eine in seiner Hauptstadt ergangene richterliche Entscheidung des Kaisers Lothar¹⁾.

Das waren indess nur Ausnahmen. Im Allgemeinen wurden die königlichen Richterhandlungen zumeist in der Art aufgezeichnet, die wir in spätkarolingischer Zeit als geltend erkannt hatten. Nur bedienten sich die Ottonen dabei nicht mehr bestimmter Hofbeamten. Die von den letzten Karolingern für diese Zwecke verwendeten Pfalznotare hatten ja bereits alle amtlichen Beziehungen zum Königshofe verloren. Jetzt wechselte der König mit seinem Aufenthaltsort zumeist auch die Schreiber, die er zur Aufzeichnung seiner Gerichtshandlungen hinzuzog.

Daraus aber ergibt sich, dass die damals vorkommenden provincialen Verschiedenheiten der notariellen Placitumsformulare in den Beurkundungen königlicher Richtersprüche in Italien wieder angetroffen werden müssen. In der That lassen sich unter den notariellen Verbriefungen dieser Art im ottonischen Zeitalter drei verschiedene Formulare erkennen: das langobardische mit einem Geltungsbereich über die Lombardei und Tuscien²⁾, das der Romagna und des römischen Dukates³⁾ und das beneventanische⁴⁾. Und diese entsprechen vollkommen den drei Grundformen, welche den italienischen Gerichtsurkunden dieser Zeit überhaupt eigenthümlich waren⁵⁾. Nicht der Ort der richterlichen Thätigkeit bestimmte dabei die Wahl eines der drei Formulare, das Königsgericht forderte nicht etwa für die Ausfertigungen seiner Aeusserungen unbedingte Anlehnung an den provincialen Brauch; die formalen Abweichungen ergaben sich vielmehr lediglich aus dem verschiedenen Herkommen der ausfertigenden Notare, und nur insofern diese wechselten, veränderte sich auch die Form der königlichen Gerichtsbriefe⁶⁾. Naturgemäss überwog bei weitem das langobardische

¹⁾ Stumpf, Acta imp. Nr. 100 (St. 3328).

²⁾ So DDO. 269 (St. 342),

342 (St. 426), 400 (St. 494), 416 (St. 511); Stumpf, Acta Nr. 442 (St. 1099).

³⁾ So DDO. 340 (St. 420), 405 (St. 499); DDO. II Nr. 298 (St. 847), 315 (St. 861); Orig. Guelf. 1, 307 (St. 1064) von einem „tabellio de civitate Ravenna“ gefertigt; Muratori, Ant. Ital. 2, 793 (St. 1136); Muratori SS. 2^b, 205 u. 499 (St. 1141 u. 1205) von einem scriniarius der röm. Kirche geschrieben; Mittarelli, Ann. Camald. 1, 161 (St. 1254) von einem tabellio der Stadt Ravenna.

⁴⁾ DDO. 398 (St. 492), 399 (St. 493); Muratori, Ant. Est. 1, 125 (St. 1269).

⁵⁾ Ficker, Forschungen I, 17 f. unterscheidet Formulare: 1. für die Lombardei und Tuscien; 2. (den lombardischen nahestehend) für Spoleto; 3. für Benevent; 4. für die Romagna; 5. (denen der Romagna verwandt) für den römischen Dukaten. Fickers Sonderung ergibt also drei Hauptgruppen.

⁶⁾ Dass nicht der Ort der Gerichtsbehandlung die Wahl des Formulars bestimmte, zeigt DDO. 375 (St. 469), welches über eine im Modenesischen (also in der Lombardei) gehaltene Gerichtsverhandlung

Formular, welches ja im eigentlichen Herrschaftsgebiet des deutschen Königs üblich war, und die meisten notariellen Beurkundungen königlicher Richtersprüche sind im 11. Jahrhundert nach seinem Muster abgefasst worden¹⁾.

Wie sich aber seit dem Ende des 11. Jahrhunderts in den Formularen der italienischen Gerichtsurkunden im Allgemeinen ein Umschwung vollzog, wie unter dem Einflusse der Bologneser Rechtsschule und in Folge des Eintrittes römisch-rechtlich gebildeter Juristen in den Dienst des Schreib- und Gerichtswesens mit Anlehnung an älteren besonders in der Romagna herrschenden Brauch ein neues Formular gebildet wurde, ein Formular, welches allmählich das in den verschiedenen Territorien geltende Formelwesen der früheren Zeit verdrängte²⁾; so begann auch eine entsprechende Aenderung in den notariellen Aufzeichnungen der königlichen Richterhandlungen vorgenommen zu werden, ja gerade hier fand — da das italienische Königsgericht der hauptsächlichste Träger der neuen Bildungen war — das neue Formular zuerst die grösste Verbreitung³⁾.

Auf die äussere Beschaffenheit der königlichen Placita näher einzugehen, liegt ausserhalb des Bereiches dieser Untersuchung. Nur das Eine möchte ich noch hervorheben. Genoss zwar sicherlich die notarielle Gerichtsurkunde an sich volle Beweiskraft, so wurde das An-

nach dem in der Romagna üblichen Formular berichtet. Da der Gegenstand eine Streitfrage zwischen Modena und Bologna (in der Romagna) betraf, so mochte wohl aus letzterem Ort der Notar stammen, welcher das Placitum schrieb.

¹⁾ So Muratori, Ant. Est. 1, 110 (St. 1614), 129 (St. 1777); Ficker, Forschungen 4, Nr. 49 (St. 1948); Muratori, Ant. Ital. 1, 307, 471 (St. 2103); 2, 983 (St. 2104); Ughelli 1, 450 (St. 2327); Ficker Forschungen 4, Nr. 64 (St. 2451); Muratori 3, 645 (St. 2471); Gloria, Cod. Pad. 1^a (Mon. stor. Ven. I Vol. II) Nr. 275 (St. 2861^a); Nr. 305 (St. 2905); 316 (St. 2929); Ficker Forschungen 4, Nr. 83 (St. 2840); Lünig 17, 914 f. (St. 2847); Ficker 4, 83 (St. 2853); Odorici, Storie Bresciane 5, 37 (St. 2908); Lupi, Cod. dipl. Bergom. 2, 759 (St. 3002). — Nach beneventanischem Formular gefertigt sind: Stumpf Acta Nr. 271 (St. 1780); Muratori SS. 1^b S. 49 (St. 1781). — Nach Formular der Romagna: Ughelli 3, S. 622 (St. 1441); Mansi 19, 479 (St. 1931); Giesebrecht, Gesch. d. d. Kaiserzeit 3⁴, 1260 (St. 2855).

²⁾ Vgl. Ficker, Forschungen 3, 145 f. ³⁾ Das älteste mir bekannte Beispiel ist Lünig, Cod. Ital. 1, 1535 (St. 3003); dann Gloria, Cod. Pad. 1^b (Mon. stor. Ven. I Vol IV) Nr. 77 (St. 3128); Nr. 78 (St. 3130); 79 (St. 3132); Tiraboschi, Memorie Moden. 2^b 88 (St. 3136); Ficker, Forschungen 4, Nr. 96 (St. 3158^a); Mon. Germ. LL. 2, 564 (St. 3565); Affò, Storia di Parma 2, 372 Nr. 68 (St. 3954); Fontes rer. Austr. II 5 S. 80 ff. (St. 4508 f.); Lünig 18^b, 99 (St. 4507) u. s. w. Daneben kommt aber noch im 12. Jahrhundert für königliche Placita das langobardische Formular mitunter in Anwendung, so Tiraboschi 2^b, 85 (St. 3134); Gloria 1^b Nr. 76 (St. 3126); Nr. 86 (St. 3133).

sehen derselben überdies häufig noch erhöht durch eine Mitunterfertigung des Königs, wenn dieser den thätigen Vorsitz im Hofgericht führte¹⁾, oder durch Anhängen des königlichen Siegels, welches aber — wenigstens noch im 12. Jahrhundert — dann stets auch die Unterfertigung des Notars ersetzte und damit im Grunde den notariellen Charakter des ganzen Schriftstückes vollständig aufhob²⁾).

Notarielle Gerichtsbriefe in Deutschland. Diese ganze Entwicklung einer steten Ausdehnung der notariellen Thätigkeit in Bezug auf Fertigung königlicher Regierungshandlungen war von Italien ausgegangen und im Wesen auf Italien beschränkt. Hatte doch noch das öffentliche Notariat in Deutschland nicht festen Fuss gefasst. Gleichwohl ist auch dies Land nicht ganz unberührt geblieben. Gab es zwar hier keine einheimischen Notare, so führten doch italienische Herren, welche Geschäfte am deutschen Königshofe betrieben, häufig Schreiber mit sich, die Instrumente zu verfassen vermochten.

Zunächst kam es daher vor, dass italienische Angelegenheiten, welche am Hofgericht in Deutschland verhandelt wurden, gelegentlich eine notarielle Fassung erhielten. Bleibt ein Fall aus der Zeit Ottos III. noch zweifelhaft³⁾, so ist ein solcher wenigstens aus der Regierungsperiode Heinrichs II. sicher verbürgt⁴⁾.

¹⁾ In diesen Fällen war die königliche Unterfertigung seit Otto III. sehr häufig, fast regelmässig, so St. 1099, 1205, 1777, 1781, 2327, 2451, 2475, 2840, 2847, 2853, 2861^a, 2905, 2908, 2929, 3003 u. s. w. ²⁾ So ist DDO. 405 nicht als notarielle Beurkundung anzusehen, obschon es bis auf das Fehlen der Unterfertigung vollständig dem italienischen Notariats-Placitum (u. z. Formular der Romagna) entspricht. Sicher ist die *Corroboratio „quod ut verius ab omnibus credatur nostro sigillo sigillari iussimus“* in der Kanzlei geschrieben; ob auch der übrige Theil des Schriftstückes, wobei der Kanzleischreiber bloss einen Notariatsakt benützt hätte (wie Sickel annimmt), bleibt m. E. zweifelhaft und könnte nur durch Einblick in die Handschrift, falls sie erhalten wäre, entschieden werden. — Dasselbe gilt von Muratori, Ant. Ital. I, 602 f. (St. 3140) und LL. 2, 564 (St. 3565). — Erst unter Friedrich II. begegnete es mir, dass ein vollständig ausgefertigtes Notariatsinstrument überdies noch das königliche Siegel empfing. Böhmer Acta Nr. 1074 (Reg. imp. V. Nr. 670), ein Instrument des Pfalzgrafen Oldefredus, am 22. August 1212 zu Mantua ausgestellt, ward auf kgl. Befehl der Kanzlei übergeben und am 25. d. M. zu Verona besiegelt. Es ist dies eine Häufung von Beglaubigungen, die im 12. Jahrhundert als überflüssig und offenbar sogar als unstatthaft angesehen wurde. ³⁾ Vielleicht ist doch die Zeitangabe von Stumpf, Acta Nr. 442 (St. 1099) zu verändern und die Handlung nach Italien zu verlegen. ⁴⁾ Ughelli 3, 622 (St. 1441; vgl. auch N. Arch. 3, 113) Placitum in Neuburg a. d. Donau am 2. April 1007 zu Gunsten eines Klosters im tuscanischen Monte Amiato „anno . . . dum resideret d. H. rex . . .“

Damit war indessen nur ein Schritt zu einer weiteren Ausdehnung notarieller Befugnisse gemacht. Denn hatten sich die italienischen Notare einmal der in Deutschland verhandelten italienischen Geschäfte bemächtigt, so durfte es nicht mehr auffallen, wenn mitunter auch deutsche Händel von ihnen aufgezeichnet wurden.

Das musste ja eigentlich unvermeidlich sein, besonders seit die ohnehin nie scharf geschiedenen italienischen und deutschen Geschäfte dauernd einer gemeinsamen Hofbehörde zugewiesen wurden¹⁾. Es ist demnach kein Zufall, dass das erste Beispiel einer notariellen Fassung ausseritalienischer Händel erst nach der unter Heinrich V. erfolgten Vereinigung der Kanzleien aufzufinden ist. Im Jahre 1149 ward über eine zu Frankfurt tagende Gerichtssitzung, welche burgundische Angelegenheiten betraf, ein Notariats-Placitum entworfen²⁾. Unter Friedrich I. aber erscheinen dann auch deutsche Gegenstände, die in Deutschland vor dem Königsgewicht zur Entscheidung gekommen waren, in notariellen Fertigungen aufgezeichnet³⁾. Lehrreich sind dabei besonders einige Fälle, in denen wir die Persönlichkeit des schreibenden Notars zu erkennen in der Lage sind. Drei Instrumente über Rechtssprüche, die in den Jahren 1187 und 1188 zu Aachen und Saalfelden erfolgten, schrieb auf kaiserlichen Befehl ein „Albertus notarius Friderici imperatoris“⁴⁾. Man könnte meinen, dieser sei Hofbeamter gewesen und ein neuerer Forscher hat ihn denn auch unter die Kanzleinotare Friedrichs I. eingereiht⁵⁾. Wie indessen ein Blick auf die gleichzeitigen südtirolischen Urkunden des Codex Wangianus lehrt, ist das unrichtig, denn eben dieser Albert erscheint als öffentlicher Notar, der vornehmlich im Dienste des Trienter Bischofs sich bethätigte und bloss kurze Zeit in Gesellschaft seines bischöflichen Herrn am Kaiserhofe sich aufhielt⁶⁾.

So hat demnach bereits im 12. Jahrhundert das Notariatswesen in Deutschland in gewissem Umfange Eingang gefunden, nicht dadurch, dass der Kaiser ähnlich wie in Italien Notare für deutsche Ge-

¹⁾ Seeliger, *Erzkanzler und Reichskanzleien* S. 19 f. ²⁾ *Mon. Germ. LL.* 2. 564 (St. 3565). Allerdings war in diesem Schriftstücke an Stelle der Unterfertigung des Notars die kgl. Besiegelung angewandt worden vgl. oben S. 405 Anm. 2, aber das ist hier gleichgiltig. ³⁾ St. 4371, 4507, 4508 (eine Trienter Angelegenheit), 4509. ⁴⁾ *Fontes rer. Austr.* II 5 S. 53 f., 80 ff. (St. 4371, 4508, 4509). ⁵⁾ Stumpf, *die Reichskanzler* 2, 315. ⁶⁾ Vgl. die Unterfertigungen Alberts in *Font. rer. Austr.* II. 5 S. 48—120. Der Titel „notarius imp. Fr.“ bezog sich auf den Besitz des öffentlichen Notariats. Obschon Trient staatsrechtlich zu Deutschland gehörte, war hier im Anschluss an die italienische Rechtsentwicklung das Notariat damals schon verbreitet.

bierte ernannte, sondern in der Art, dass italienische Notare, welche mitunter nach Deutschland an den Kaiserhof kamen, gelegentlich deutsche Gerichtssachen aufzeichneten. Der Umfang dieser Thätigkeit konnte naturgemäss nicht bedeutend sein. Selbst diese geringen Anfänge einer Ausbreitung des italienischen Placitums hörten indessen frühzeitig auf, als durch die Ordnung von 1235 ein eigener Hofgerichtsschreiber bestellt und diesem die Ausfertigung aller Gerichtsbriefe geboten ward¹⁾.

Die aussergerichtliche Notariatsurkunde. Inzwischen hatten aber die öffentlichen Notare in anderer Weise eine grössere Theilnahme an den schriftlichen Fassungen königlicher Regierungshandlungen erlangt. Sie hatten begonnen, auch aussergerichtliche Akte des Königs zu beurkunden.

Uebersaus mannigfaltig waren ja die Gegenstände, welche im obersten, unter königlichem Vorsitz abgehaltenen Gericht zur Entscheidung kamen. Nicht allein Streitigkeiten der Unterthanen, nicht allein Angelegenheiten wirklich richterlicher Natur. Der König und die bei Hofe weilenden Grossen und Beamten, welche zu einem Gerichtshofe zusammentraten, trafen unter Beobachtung der Formen des Gerichtsverfahrens auch politische und verwaltende Massregeln weitesten Umfangs. Auch hiebei nun waren häufig öffentliche Notare anwesend, um über die Beschlüsse der Versammlung Instrumente anzufertigen.

So betraf schon eine merkwürdige notarielle Aufzeichnung aus dem Jahre 983 eine im Grunde nichtgerichtliche Sache. Sie meldet uns, dass vor Kaiser Otto und mehreren Fürsten Abgesandte der Venetianer erschienen, Privilege früherer Könige vorlegten und deren Bestätigung erbaten; dass daraufhin die Versammlung den Beschluss fasste, ihrem Wunsche zu willfahren und Otto die Ausfertigung neuer Urkunden anordnete²⁾. Aus dem Jahr 1082 liegt ferner ein Instrument über eine königliche Belehnung des Bischofs von Trient vor, also über eine Handlung, die an sich keiner richterlichen Entscheidung bedurfte, welche aber damals im öffentlichen Gericht vor sich gegangen

¹⁾ Ueber deutsche Hofgerichtsurkunden nach 1235 vgl. Herzberg-Fränkell in Mittheil. d. Instituts f. öst. Gesch. Ergb. 1, 290 und Seeliger in Mittheil. 8, 19.

²⁾ DDO. II. 298 (St. 847). — Ficker, Beitr. z. Urkundenlehre 1, 349 und Sichel haben an E. dies Schriftstück nicht richtig behandelt, da sie es als Vorakt der Diplome DDO. II. 299 und 300 (St. 846, 845) bezeichneten. Es ist die notarielle Aufzeichnung eines Aktes, ein Instrument, dessen Unterfertigung beim Eintragen in die venetianischen Kopialbücher fortgelassen wurde. Die im Instrument vermerkte Handlung aber bildete für die Diplome einen Vorakt nicht diplomatischer, sondern verfassungsmässiger Art.

war¹⁾. Ebenso finden wir wenig später die Gewährung eines Privilegs „pro beneficio“ seitens des Königs Konrad als notarielle Aufzeichnung beurkundet, weil sie in einer Gerichtssitzung erteilt worden ist²⁾. Seit dem Ende des 11. Jahrhunderts kam das immer häufiger vor. Die Gerichtsversammlung war eben oft der äussere Schauplatz für Erledigung der verschiedensten Sachen, und die Notare, welche anfangs nur zur Aufzeichnung von richterlichen Entscheidungen herbeigezogen worden waren, begannen auch im Grunde nichtrichterliche Massregeln und Gewährungen des Königs zu verbrieften — wobei zuerst diese Beurkundungen noch durchaus in den Formen der Placita abgefasst werden mussten.

Inzwischen aber hatte sich ein weiterer entscheidender Fortschritt vollzogen. Der Notar hatte solche Angelegenheiten aufzuzeichnen übernommen, welche auch äusserlich mit dem Gerichtswesen sich nicht berührten und hatte dabei in wohlbewusstem Gegensatz zu den königlichen Placita eine Form gewählt, welche sonst die Notare bloss bei Beurkundungen aussergerichtlicher Sachen anzuwenden pflegten. Denn im 11. Jahrhundert war noch Instrument und Placitum desselben Notars formell verschieden; erst das allmähliche Vordringen des neuen Formulars für das letztere³⁾ hat diesen Unterschied beseitigt und im späteren 12. Jahrhundert zu einer gleichen Behandlung der beiden Arten notarieller Beurkundungen geführt.

Nicht mehr als Gerichtsbrief hat das Instrument eines Pfalznotars zu gelten, welches berichtet, dass am 14. Dezember 1081 zu Parma Markgraf Albrecht in die Hand des Königs auf einen Hof verzichtete und dass dieser hierauf das aufgegebene Gut den Kanonikern von Parma übertrug⁴⁾. Dasselbe gilt dann von zwei Instrumenten, welche kaiserliche Privilegienverleihungen des Jahres 1116 verkünden, ohne einer Gerichtssitzung zu gedenken⁵⁾.

Damit hatte die Beschränkung der notariellen Thätigkeit, die lange allein einer Aufzeichnung königlicher Richterhandlungen gelten durfte,

¹⁾ Lünig 17^a, 914 f. (St. 2847) »dum . . residente Heinrico . . ad iusticias faciendas . . adessent cum eo . . ibique . . kam der Trienter Bischof und bat um seine Belehnung . . tunc . . per iudicum consilium . . rex investivit.« ²⁾ Lünig, Cod. Ital. 1, 1535 (St. 3003) »dum d. Conradus . . legitima pertractaret iudicia . . pro beneficio hoc privilegium marchioni concessit, ut . . .« ³⁾ Vgl. oben S. 404.

⁴⁾ Die erste mir bekannte notarielle Beurkundung einer aussergerichtlichen Regierungshandlung des Königs: Affo, Parma 2, 336 (St. 2841) »in nomine . . die . . presentia domini Heinrici regis et . . dominus Albertus marchio . . refutavit u. s. w.« ⁵⁾ Muratori, Ant. Ital. 1, 602 f. (St. 3138 und 3140).

Aehnlich vom Jahre 1118 Muratori III, 579 (St. 3158).

aufgehört, das Notariatsinstrument behandelte fortan königliche Massregeln der verschiedensten Art. Kaiser Lothar zwar scheint diese Art einer geschäftlichen Erledigung nur selten zugelassen zu haben¹⁾, um so häufiger aber Friedrich I. und seine staufischen Nachfolger²⁾. Und wie die Notare damals die Beurkundung kaiserlicher Richtersprüche gelegentlich auch in Deutschland besorgten, so dehnten sie auch ihre eben erlangte unbeschränkte Wirksamkeit auf deutsches Reichsgebiet aus. Allerdings nur sehr selten und — wie es scheint — nur bezüglich italienischer Gegenstände, die in Deutschland eine Erledigung fanden³⁾. Auf die Beurkundung einer Gruppe kaiserlicher Angelegenheiten aber hat das italienische Instrument schon damals auch in Deutschland grossen Einfluss gewonnen: auf die Abfassung kaiserlicher Verträge. Die besondere Form, die im 12. Jahrhundert dafür entstand⁴⁾, schloss sich enge den Instrumenten und den von den Notaren bei Aufzeichnung solcher Dinge beliebten Formen an. Ja die Uebereinstimmung der von italienischen Notaren ausgefertigten Vertragsinstrumente und der aus Deutschland vorliegenden mit dem Kaisersiegel geschmückten Verträge ist so gross⁵⁾, dass wir auch die letzteren als Erzeugnisse öffentlicher Notare anzusehen geneigt sind, als unvollendete Instrumente, die anstatt der den deutschen Verhältnissen ungewohnten notariellen Beglaubigung ein Siegel empfangen. Erst eine genauere Untersuchung, die sich insbesondere auf die Kenntniss der

¹⁾ Mir ist nur ein Beispiel begegnet: Orig. Guelf. 2, 539 (St. 3356). ²⁾ Affò, Storia di Parma 2, 372 (St. 3959); Mon. Germ. LL. 2, 145 (St. 4175); LL. 2, 156 (St. 4202); Stumpf Acta Nr. 370 (St. 4215); Nr. 371 (St. 4216); LL. 2, 161 (St. 4226); Stumpf Nr. 523 (St. 4250); LL. 2, 165 (St. 4353); Lünig, Cod. Ital. 1, 1550 (St. 4388); Muratori Ant. Ital. 1, 610 (St. 4410); Ficker, Forschungen 4 Nr. 157 (St. 4416); Stumpf, Acta Nr. 165 (St. 4421). — Töche, Heinrich VI. 604 (St. 4582); Mittheil. d. Instituts f. ö. G. 5, 314 (St. 4717^a); Töche 610 (St. 4719); 611 (St. 4720); 613 (St. 4728); Muratori, Ant. Ital. 1, 622 (St. 4948); 4, 233 (St. 4949). — Reg. imp. V. Nr. 373. 382, 422. — Nr. 670, 1160, 1161, 1189, 1190, 1196, 1216, 1228, 1951, 2189, 2343, 2444, 3131. ³⁾ Mir sind nur zwei Beispiele bekannt. Am 15. und 17. August 1193 investirte Heinrich VI. zu Worms Bevollmächtigte von Verona und übertrug ihnen gewisse Vollmachten. Böhmer, Acta Nr. 185 und 186 (St. 4829 und 4830), Instrumente eines Pfalznotars Albert. ⁴⁾ Vgl. Ficker Urkundenlehre 1, 187 f., 357, der aber die Verträge durchweg in der Kanzlei entstehen lässt und die eigenthümliche Form nicht auf eine Einwirkung der öffentlichen Notare, sondern allein darauf zurückführt, dass die Fassung des Kanzlei-Aktes in der Reinschrift beibehalten wurde. ⁵⁾ Vgl. z. B. die italienischen Instrumente LL. 2, 145 (St. 4175); Böhmer Acta Nr. 1061 (St. 4251) mit den in Deutschland geschlossenen Verträgen: Mon. Boica. 29, 417 (St. 4166); LL. 2, 165 (St. 4353), 181 (St. 4357); Töche, Heinrich VI. 600 (St. 4375); 606 (St. 4628).

entsprechenden Handschriften stützt, könnte übrigens volle Gewissheit verschaffen, in welchem Masse hierin das italienische Notariat in das deutsche Beurkundungswesen einzugreifen vermochte. Hier sollte die Frage nur aufgeworfen, nicht beantwortet werden.

So hat also das italienische Notariat in stets wachsendem Umfang für die Verbriefung königlicher Regierungshandlungen gesorgt, nicht allein beweiskräftige Aufzeichnungen über Richtersprüche gemacht, sondern vielfach auch Belehnungen, Privilege und Verträge beurkundet — solche Gegenstände, deren schriftliche Fertigung in früheren Zeiten ausschliesslich in der Form von Königsdiplomen üblich und möglich war.

Diese grosse Bedeutung des Notariates für eine schriftliche Fassung königlicher Handlungen erlitt indessen mit dem Ausgang der staufischen Herrscher eine plötzliche Erschütterung. Die nächstfolgenden Könige des 13. Jahrhunderts betraten nicht den Boden Italiens, und da in Deutschland selbst das öffentliche Notariat nicht heimisch geworden war, so mussten zunächst die notariellen Aufzeichnungen königlicher Massregeln vollständig aufhören. Die Königsurkunden und daneben die Urkunden der vornehmsten Reichsglieder¹⁾, das waren die einzigen Formen, in denen Regierungshandlungen des Königs zum schriftlichen Ausdrucke kamen.

Als aber Heinrich VII. die Kaiserideale der Staufer wieder aufnahm und die deutsche Herrschaft in Italien zu erneuern trachtete, da knüpfte er auch an die in früherer Zeit dort übliche Art an, königliche Massregeln aufzuzeichnen, und liess häufig seine Willensakte als Instrumente der Notare veröffentlichen. Obschon er dabei lediglich dem Beispiele seiner kaiserlichen Vorgänger folgen wollte, gewährte er doch dem Notariat einen neuen umfassenderen Einfluss. Denn erscheint auch gewiss das numerische Verhältniss von Instrument und Königsurkunde unter Heinrich VII. in dem jetzt erhaltenen Material einseitig zu Gunsten des ersteren verschoben, weil — wie wir später hören werden — ein freundliches Geschick zufällig über die notariellen Erzeugnisse waltete, so hat doch unter Heinrich VII. das Notariatsinstrument eine Ausdehnung und Bedeutung erlangt, welche ihm unter den Staufern nicht entfernt zugekommen war; die Hofkanzlei wurde jetzt sichtlich in ihrer Thätigkeit eingeengt, ja es bildeten sich ausserhalb derselben förmliche Hofämter zur Ausführung von notariellen Ausfertigungen.

¹⁾ So beurkundeten z. B. die Erzbischöfe von Mainz und Trier Rechtsprüche, die auf dem Frankfurter Tag unter Vorsitz des Königs ergangen sind. Ficker, Sitzungsber. 14 Nr. 21, 22.

Welche Bedeutung das für die Gestaltung der obersten Verwaltungsorgane besass und wie man von der Sonderung des Kammernotariats und der Kanzlei auszugehen hat, wenn man den archivalischen Nachlass richtig beurtheilen will, das wird in einem zweiten und dritten Kapitel dieser Untersuchung gezeigt werden. Vorher aber sollen uns die reichen Ueberreste der notariellen Thätigkeit unter Heinrich VII. ein Hilfsmittel bieten, um das Verhältniss von Notariatsinstrument und Königsurkunde näher ins Auge zu fassen, um vor allem zu erfahren, ob und wie der Bereich der beiden nach sachlichen Gesichtspunkten gesondert war und worin — falls beide denselben Gegenstand betrafen — ein Unterschied in der Behandlung zu erkennen sei.

Verhältniss von Instrument und Urkunde. Während das Instrument sich stets an eine vor den Augen des Notars vorgenommene Handlung anschloss, war das nur bei einer Gruppe von Diplomen der Fall. Zahlreiche Urkunden waren nicht der nachfolgende schriftliche Ausdruck einer vollzogenen Handlung, sondern sie selbst brachten allein — ohne Beziehung auf einen vorangegangenen Akt — eine entsprechende Disposition. Zur Klarlegung des Verhältnisses der Urkunden und Instrumente müssen wir daher erstere in zwei Arten sondern: in rein dispositive und in Handlungsurkunden.

Instrumente und Handlungsurkunden sind einander verwandt. Das Gebiet der von ihnen behandelten Gegenstände ist im allgemeinen das gleiche und lässt sich nicht sachlich scheiden. Allerdings gab es Handlungen, welche nicht in königlichen Urkunden aufgezeichnet zu werden pflegten, über welche aber zahlreiche Instrumente aus der Zeit Heinrichs VII. vorliegen: Huldigungen städtischer Bevollmächtigter, die feierlichen Empfänge der Gesandtschaften bei Hofe u. dgl. In dieser Hinsicht hat die Ausdehnung des Notariatswesens nicht zur Verdrängung der Königsurkunde, sondern nur zu einer umfassenderen schriftlichen Behandlung von Vorkommnissen bei Hofe geführt. Doch sehr häufig betraf das Instrument Angelegenheiten, welche auch in der Form von königlichen Urkunden aufgezeichnet werden konnten¹⁾. In diesen Fällen nun ist das Instrument regelmässig als das unmittelbare Zeugnis und — wenn man einen formellen Zusammenhang mit dem Wortlaute der Urkunde wahrnimmt — zugleich auch als das der letzteren zu Grunde gelegene Schriftstück anzusehen.

Aus dem archivalischen Nachlass Heinrichs VII. ist uns ein lehrreiches Beispiel dieser Art bekannt. Am 24. November 1310 belehnte

¹⁾ Vgl. Fickers Bemerkung in Mittheil. d. Instituts 5, 317 f.

der König den Grafen Amadeus von Savoyen und liess darüber ein Instrument aufnehmen¹⁾. Erst vom 11. Juni 1313 ist ein entsprechender Lehenbrief datirt²⁾. Mochte diesem auch ein königliches Diplom vorausgegangen sein, welches jetzt verloren ist, so war doch zweifellos — wie ein Vergleich des Wortlautes der Urkunde mit dem des Instrumentes ergibt — die Beurkundung der Kanzlei nicht nur der Aufzeichnung des Notars nachgefolgt, sondern hat diese auch durchweg benützt. Oefter, als wir jetzt dem lückenhaften Materiale entnehmen können, mag in ähnlicher Weise derselbe Gegenstand zuerst vom öffentlichen Notar und darauf nochmals von der Hofkanzlei beurkundet worden sein; besonders über die zahlreichen Belehnungen, deren Kenntniss wir den vielfach erhaltenen Instrumenten und Akten der Notare Heinrichs VII. verdanken, sind gewiss häufig Königsurkunden ausgefolgt worden.

Was wir aber im beginnenden 14. Jahrhundert beobachtet haben, das ist schon in früheren Zeiten vorgekommen. Das älteste Beispiel³⁾ ist eine kaiserliche Belehnung der Stadt Alba, über welche zugleich ein Notariatsinstrument und eine Kaiserurkunde vom 30. Januar 1185 vorliegen⁴⁾. Der bis auf geringfügige Abweichungen übereinstimmende Wortlaut der entscheidenden Stellen bezeugt, dass die letztere auf Grund der ersteren verfasst wurde. Besonders lehrreich ist dabei die Behandlung der Zeugen. An drei Stellen führt das Instrument solche auf u. z. in sachlicher Sonderung als Handlungs- und Beurkundungszeugen, d. h. als solche, welche bei der Belehnung zugegen waren, und solche, welche dem kaiserlichen Befehle zur Vornahme der notariellen Aufzeichnung beiwohnten. Unterschiedslos aber fasste die Urkunde alle Genannten zusammen, wobei sie — vermuthlich bloss aus Versehen — eine minderwerthige Person zu erwähnen vergass.

Während so die Handlungsurkunden dem Instrumente gegenüber als mittelbarere Zeugnisse anzusehen sind und jedenfalls häufig sogar auf diesem fussten, gestaltet sich das Verhältniss der Urkunden rein dispositiver Natur zu den notariellen Aufzeichnungen ganz anders. An und für sich war ja der in solchen Urkunden behandelte Gegenstand nicht fähig, in einem Instrument aufgezeichnet zu werden, weil dieses

¹⁾ Nur der ausführliche Notariatsakt, auf dem das Instrument fusste, liegt uns jetzt vor: Dönniges 1, 3. f. Aber das genügt unseren Zwecken. Hier, wo es allein auf den Gegensatz zur Königsurkunde ankommt, dürfen wir Akt und Instrument gleichstellen. ²⁾ Dönniges 2, 213 ff. ³⁾ Denn nicht hierherzurechnen ist DDO. II. 298—300 (St. 845—847). vgl. oben S. 407 Anm. 2.

⁴⁾ Stumpf Acta Nr. 165 (St. 4421) und Nr. 166 (St. 4420). Darüber schon Ficker, Urkundenlehre 1, 348 f.

als Voraussetzung einer Handlung bedurfte. Aber den in einer Urkunde ausgesprochenen Dispositionen konnte eine Handlung nachfolgen. Wie bei den langobardischen und fränkischen Carten (den dispositiven Privaturkunden) der Aufzeichnung des dispositiven Inhaltes sich die Uebergabe des Schriftstückes anreihete, worüber ein Handlungsbericht (eine Notitia) gefertigt werden konnte¹⁾, so folgte auch häufig der Ausfertigung einer dispositiven Königsurkunde der Akt einer feierlichen Veröffentlichung. Und dieser war wieder ein geeigneter Gegenstand für die Abfassung von Instrumenten. Jetzt aber war naturgemäss das Verhältniss ein umgekehrtes: die Beurkundung ging der notariellen Aufzeichnung zeitlich voraus. Es kann nicht auffallen, wenn diese Verschiedenheit sogar mitunter im Datum zum Ausdrucke kam. So trug eine in urkundlicher Form gefasste kaiserliche Achtserklärung gegen König Robert von Neapel die Zeitangabe des 25. April 1313, während nach den Aussagen eines entsprechenden Instrumentes die Bekanntmachung am 26. d. M. erfolgte²⁾.

Bloss gewisse Gegenstände waren für eine solche gleichzeitige Behandlung seitens der Kanzlei und der Notare geeignet, Gegenstände, welche ihrer Natur nach eine feierliche Veröffentlichung erheischten oder wenigstens wünschenswerth machten, z. B. Verkündigungen von richterlichen Sentenzen, von Frieden u. s. w.

Aber nicht immer ging diesen Handlungen, welche in einer Verlesung der dispositiven Urkunde durch einen Notar in Gegenwart des Königs und einer zahlreichen Versammlung bestanden, eine formell wirklich abgeschlossene Beurkundung voraus. Oft war vielmehr die Beurkundung bloss scheinbar. Wenn es zwar einigemale in den Notariatsberichten heisst: *rex edicto regio decrevit* oder *hoc edicto publice posito*³⁾, so wird man wohl an die wirkliche Vorlage von thatsächlich beglaubigten Königsurkunden denken müssen; in den meisten Fällen aber, in denen Notariatsinstrumente über Veröffentlichungen von Königsurkunden geschrieben wurden, ist unter Heinrich VII. eine Beurkundung nur scheinbar vorangegangen. Das ersehen wir aus der Thatsache, dass die Notare solche in der Form von Königsurkunden gefasste Massregeln, über deren Veröffentlichung sie ein Instrument zu

¹⁾ Vgl. Brunner, Zur Rechtsgesch. der röm. u. germ. Urk. 11 f., wo Beispiele von Notitien über Akte *per cartolam* und S. 213, wo Beispiele einer fränkischen Doppelurkunde (Carta mit daranschliessender Notitia) angeführt werden. — Uebrigens ward wie unten S. 415 ausgeführt wird, den Dispositionen der Carten selbst regelmässig eine nachträgliche Bemerkung über die Uebergabe beigefügt.

²⁾ Urkunde: Mon. Germ. LL 2, 545 f.; Instrument: Dönniges 2, 198 f.

³⁾ Z. B. Dönn. 2, 178, 187.

fertigen hatten, selbst entworfen¹⁾, ja es liegen Concepte solcher Entwürfe von ihrer Hand vor, denen sie später eine Notiz über den Akt der Veröffentlichung beigelegt hatten²⁾.

Wir ersen also, dass mitunter von Notaren verfasste unausgefertigte Concepte anstatt wirklicher Königsurkunden öffentlich vorgelesen wurden und dass man es bei der durch das Instrument erlangten Beglaubigung allein bewenden liess. Und das konnte in der That durchaus genügen. Eine formelle Beurkundung seitens der Kanzlei war überflüssig, wenn die anfangs nur in ein Concept gefasste Massregel in dem über die öffentliche Verlesung gefertigten Instrument enthalten war.

So waren also selbst diese Instrumente, welchen eine Beurkundung vorausgehen zu müssen schien, häufig in der Lage, die Bethätigung der Hofkanzlei zu schädigen. Nur jene notariellen Aufzeichnungen, welche eine von Urkunden gar nicht behandelte Angelegenheit betrafen, bewirkten lediglich eine Ausdehnung des Schreibwesens bei Hof. Alle anderen aber — sei es dass sie mit dispositiven oder mit Handlungsurkunden in der Erledigung der gleichen Gegenstände zusammentrafen — mussten die beurkundende Hofbehörde in ihrer Wirksamkeit beschränken. Denn sicherlich ist sehr häufig eine neben der notariellen Aufzeichnung wohl statthafte, aber im Grunde überflüssige Beurkundung gar nicht mehr vorgenommen worden.

Form der Instrumente. Das verschiedene Verhältniss des Instrumentes zur Königsurkunde fand seinen vollen Ausdruck in der Form desselben. Wie alle notariellen Aufzeichnungen einer Beurkundung theils vorangingen, theils — thatsächlich oder wenigstens fictiv — nachfolgten und auf ihr beruhten, so sind sie auch ihrer äusseren Form nach in zwei Gruppen zu sondern.

Schon die italienischen Privaturkunden der langobardisch-fränkischen Periode und dann die der frühesten deutschen Kaiserzeit lassen — abgesehen von territorialen Abweichungen³⁾ — eine zweifach mögliche Form erkennen. Diese Aufzeichnungen fassten die öffentlichen Schreiber entweder in der subjektiven Form des Disponirenden

¹⁾ Vgl. z. B. Dönniges 2, 16 f., 29 f., 54, 93, 110. ²⁾ So Dönniges 2, 110 f.: Heinrich hebt die Bündnisse Karls von Neapel mit Genua auf. Das Concept der königlichen Erklärung (in nomine domini amen, ad perpetuam rei memoriam . . . nos Heinricus rex . . .) ist vom Kammernotar Leopard geschrieben, dann vom Kammernotar Bernhard verbessert. Dieser fügte dem Entwurf die Aktnotiz hinzu: »Hec omnia . . . precepit idem d. rex legi et publicari . . .«

³⁾ Oben S. 403 f. sind einige Bemerkungen über solche formelle Verschiedenheiten der notariellen Gerichtsurkunde gemacht worden.

oder als objective Berichte über vollzogene Handlungen — je nach dem rechtlichen Beruf derselben, ob diese nämlich beim Rechtsgeschäft selbst mitzuwirken hatten und das gewünschte Rechtsverhältniss zu begründen mithalfen oder bloss als Erinnerung an eine erfolgte Handlung gelten wollten; ob sie dispositive Urkunden (*Cartae*) oder schlichte Beweisurkunden (*Notitiae*) waren¹⁾.

Aber ein Gegensatz zwischen *Carta* und *Notitia* war nur bis zu einem gewissen Grade vorhanden. Im grössten Theile Italiens gab es — seit dem 6. Jahrhundert etwa — gar keine *Carten*, welche bloss Dispositionen vorbrachten. Stets enthielten sie vielmehr überdies noch Vermerke über eine Rechts handlung (*Tradition* der *Carta*), Vermerke, die vornehmlich in den Worten „*post traditam*“ der Beglaubigungsformel des *Rogatarius* und in der Aufführung oder Mitunterfertigung von Handlungszeugen zum Ausdrucke gebracht waren²⁾. In einem unvollendeten Zustand, häufig vielleicht auch als leere Pergamentblätter — wie das für analoge deutsche Verhältnisse S. Galler Archivalien schlagend erwiesen haben³⁾ — wurden sie bei der nothwendigen Rechts handlung gebraucht, um erst nach Beendigung derselben die für ihre Giltigkeit unerlässlichen Schlussbemerkungen zu erhalten, die sich auf diesen Akt bezogen. So waren also auch die *Carten* stets Zeugnisse einer vollzogenen Handlung — wie die *Notitien*. Der Unterschied beider bestand allein darin, dass letztere solche Handlungen bezeugten, bei denen keine *Carta* mitwirkte oder bei denen wenigstens sie selbst nicht derart betheiligt waren, während die *Carten* vor ihrer letzten

¹⁾ Ich verweise auf die betreffenden Arbeiten H. Brunners. Vgl. besonders Zur Rechtsgesch. der röm. u. germ. Urk. S. 8 ff., 211 ff. Die langobardische *Notitia* hatte objektive, die *Carta* im allgemeinen subjektive Fassung. (S. 18); die fränkische *Notitia* gleichfalls objektive, während die einseitige (d. h. von einem der Kontrahenten ausgehende) *Carta* subjektiv war. S. 217. ²⁾ Nur die beneventanische *Carta* (ich gebrauche die Unterscheidungen Brunners, Zur Rechtsgesch. der Urk. S. 6) kannte keine Vollziehungsformel, die ich als Hinweis auf eine Handlung deuten möchte. Brunner 42 f., 82. — Bezüglich der Vollziehungsformeln der beiden anderen Arten von *Carten* (der römischen und langobardischen) verweise ich auf dasselbe Werk, in dem überhaupt reichste Belehrung über das ältere Urkundenwesen Italiens zu finden ist. — Hier kommt es uns nur darauf an, die beiden Grundformen des späteren Notariatsinstruments aus Verschiedenheiten der älteren italienischen (bez. langobardischen) Urkunde abzuleiten. Das aber führt zu einer — wie ich meine — von Brunner etwas abweichenden Auffassung über das Verhältniss von *Carta* und *Notitia*. ³⁾ Eine Reihe von Pergamentcarten tragen auf der Rückseite Aktnotizen, die — wie nachgewiesen wurde — früher als der Text geschrieben sind und daher der erst später erfolgten Abfassung des urkundlichen Wortlautes als Grundlage gedient hatten. Vgl. Bresslau in Forschungen 26, 54 f.

Ausfertigung in einem Rechtsakt eine bestimmte Rolle spielen mussten. Dem entsprechend wurde durchweg die eine als objektiver Handlungsbericht gefasst, während die andere in ihrem ersten Theile, in dem Theil, der schon vor der Handlung geschrieben war oder geschrieben sein sollte, als subjektive Disposition erschien, um in einem zweiten Theil den Vermerk über die Handlung zu empfangen.

Dieser formale Unterschied der Carta und Notitia nun hat sich im ganzen Mittelalter erhalten, auch als das öffentliche Schreiberamt in Italien zum Notariat ausgebildet und das Notariatsinstrument die allgemeine Beurkundungsart geworden war. Neben dem auf mannigfachen provinziellen Bräuchen beruhenden Formenwechsel bestanden für die notariellen Aufzeichnungen zwei Grundformulare, deren Wahl davon abhing, ob die Beurkundung auf der schriftlichen Disposition eines Betheiligten beruhte oder lediglich eine vor dem Notar erfolgte Handlung vermerken sollte. Alle Instrumente dürfen wir scheiden in solche subjektiver und solche objektiver Form, in Notariatscarten und Notariatsnotitien — wie wir die beiden Gruppen notarieller Aufzeichnungen mit Rücksicht auf den Ursprung der formellen Verschiedenheit wohl benennen können.

Allerdings ward diese Sonderung im einzelnen nicht immer aufrecht erhalten. Wie schon in der alten zweiseitigen (Vertrags-) Carta die objektive Form gewählt werden konnte, damit die Fassung nach beiden Seiten hin benutzbar sei¹⁾, so wurde auch für Notariatscarten, welche Tauschgeschäfte u. dgl. betrafen, die Form des objektiven Berichtes gebraucht. Und auch sonst hat diese letztere oft eine Anwendung da gefunden, wo eigentlich eine Anlehnung an die Form der Carta am Platze gewesen wäre. Je mehr eben der Schwerpunkt der Beglaubigung auf die notarielle Bezeugung der Handlung gelegt wurde, um so leichter wurden im einzelnen die beiden verschiedenen Grundformen verwischt — obschon sie gleichwohl im allgemeinen fortbestanden und in allen Gebieten des Geltungsbereiches der Notariatsurkunde während des ganzen Mittelalters sich erhielten²⁾.

¹⁾ Brunner, Zur Rechtsgesch. d. röm. u. g. Urk. 18 f., 217. ²⁾ Daher ist auch die Ansicht Fickers, Mittheil. d. Instituts 5, 313 f. kaum zutreffend, dass die subjektive Form einiger Akten auf »eigenthümlichen Brauch der genuesischen Notare« zurückzuführen sei. Die Fassung der Imbreviatur entsprach natürlich der des Instruments und dass diese subjektiv war, lag nicht in einem territorialen Sonderbrauch oder in einer persönlichen Eigenthümlichkeit des Notars begründet, sondern beruhte auf einer Verschiedenheit der Handlung selbst. Die gleichen Notare schrieben sowohl subjektive als objektive Instrumente: Notariatscarten und Notariatsnotitien.

Naturgemäss haben die Ergebnisse der Beobachtungen, die wir an der formellen Verschiedenheit der Instrumente überhaupt machten, volle Geltung auch gegenüber den notariellen Aufzeichnungen königlicher Regierungshandlungen. Wie bei Privatinstrumenten die Wahl einer der beiden möglichen Formen sich nach dem jeweiligen Verhältniss zur Carta richtete, so hing die Form der Notariatsurkunden, welche königliche Angelegenheiten betrafen, von den Beziehungen zur Königsurkunde ab¹⁾. Offenbar beruhten alle solchen Instrumente subjektiver Fassung thatsächlich oder fiktiv auf königlichen Diplomen.

Eine nähere Betrachtung der erhaltenen Schriftstücke erhärtet diese Annahme. Wenn zwei notarielle Verbriefungen des Jahres 1116, welche eine kaiserliche Bestätigung der Bologneser Freiheiten und eine Schenkung an zwei Klöster zu Gonzaga zum Gegenstande haben²⁾, in subjektiver Fassung erscheinen, so liegt der Grund dafür allein darin, dass die aufgezeichnete Handlung eben in einer öffentlichen Verlesung der kaiserlichen Gewährungen bestanden hat.

Besonders lehrreich ist ferner ein Instrument aus dem Jahre 1162, welches meldet, Kaiser Friedrich I. schenke dem laborerius der Kirche von Parma den Zehnten der Sümpfe und der Regalien. Formell zerfällt die Aufzeichnung in zwei Theile. Im ersten erscheint der Kaiser redend und erklärt „per chartulam oblationis“ die Vergabung zu machen. Hieran fügt der Notar die Worte: „insuper dominus imperator investivit Maravonem ministerialem predicti laborerii de praenominata decima,“ worauf Handlungszeugen und die notarielle Unterfertigung folgen³⁾. — Die Form dieser Urkunde ist sehr merkwürdig, entspricht aber vollkommen den äusseren Eigenthümlichkeiten der Notariatscarta: an die subjektive als Königsurkunde gefasste Disposition schloss der Notar eine objektive Bemerkung über die Belehnungshandlung. Gewiss hat bei dieser selbst das unvollendete Instrument als carta oblationis mitgewirkt, es wurde verlesen, vielleicht auch feierlich überreicht. Fiktiv bildete somit eine Königsurkunde die Grundlage dieser notariellen Aufzeichnung, welche auch deshalb eine subjektive Form erhielt.

Ähnliche Beispiele weisen auch die späteren Zeiten auf⁴⁾. Die gleichen Verhältnisse zeigt insbesondere auch der reiche Urkunden-

¹⁾ Vgl. oben S. 414 f. ²⁾ Muratori, Ant. Ital. 1, 602 f. (St. 3138, 3140) „... ego ... Heinrichus ... dono et offero ... monasterio ...“ ³⁾ Affò, Storia di Parma 2, 372 Nr. 69 (St. 3959).

⁴⁾ Nur einige Beispiele seien angeführt: Böhmer Acta Nr. 108. (St. 3872); Mon. Germ. LL. 2, 161 (St. 4226); Ficker, Mittheil. d. Instituts 5, 314 (St. 4717^a). Merkwürdig sind einige Schriftstücke, in denen der Schreiber — offenbar in Folge der subjektiven Vorlage — gele-

vorrath Heinrichs VII. Die meisten notariellen Aufzeichnungen seiner Regierungshandlungen sind zwar in objektiver Form erfolgt, aber eine nicht unbeträchtliche Anzahl führt den König redend ein¹⁾. Und deutlicher als die gleichartigen Instrumente früherer Zeiträume sprechen diese selbst ihre Beziehung zur Königsurkunde aus. Mit „Henricus dei gratia Romanorum rex . .“ beginnend, führen sie königliche Massregeln vor, wie dies die Urkunden thun, um an Stelle des Eschatokolles die Bemerkung zu bringen: *lata et pronuntiata fuit dicta sententia . . et lecta et publicata . . per me . . notarium u. s. w.* Nur scheinbar aber haben solche Instrumente den Wortlaut ihres ersten Theiles wirklichen Urkunden entnommen, denn bloss in den selteren Fällen mag ihnen eine Königsurkunde zu Grunde gelegen sein, zumeist war das Verhältniss fiktiver Natur.

So haben wir für die Verschiedenheit der Formen des Instruments eine befriedigende Erklärung in den Beziehungen zur Urkunde gefunden, obschon allerdings nicht ausnahmslos der Wechsel dieses Verhältnisses eine bestimmte Wahl des Formulars zur Folge gehabt hatte²⁾.

Nicht die Mannigfaltigkeit der Formen aber galt es hier zu deuten, sondern die beiden Arten einer Aufzeichnung königlicher Regierungshandlungen in ihren gegenseitigen Beziehungen zu erfassen, damit wir im weiteren Verlaufe der Untersuchung die Thätigkeit des Notariates und diejenige der Kanzlei in ihrer Abgrenzung genauer zu sondern vermögen.

gentlich aus der objektiven in die subjektive Konstruktion fällt: Stumpf Acta Nr. 371 (St. 4216); Toeche, Heinrich VI. 613 (St. 4728).

¹⁾ So Dönniges 2 Dipl. Nr. 22, 39, 48^a, 53, 56, 57. Entwürfe zu solchen Instrumenten sind Dönniges 2, 29 f., 54 f., 110. Als Grundlage für eine Ausfertigung von Instrumenten, nicht für eine von Urkunden, sollten zweifellos ferner dienen: Dönniges 2, 16 f., 51, 93 f. (wobei die notarielle Aktnotiz Dönn. 1, 36 Nr. 67 zu vergleichen) und 96 f., obschon diese Stücke keinen Vermerk einer notariellen Handlung tragen.

²⁾ Es liegen mehrere Instrumente in objektiver Form vor, welche die Veröffentlichung eines k. Willensaktes betrafen und demgemäss eigentlich eine an den Wortlaut der Urkunde anlehrende Fassung begehrten: so Dönniges 2, 168 Nr. 35, 177, 178 Nr. 41. Offenbar war eben in solchen Fällen die Wahl der subjektiven Form nicht nothwendig, sondern nur wahrscheinlich. Zwar beruhten alle Instrumente subjektiver Form auf Urkunden, aber nicht alle notariellen Aufzeichnungen, die thatsächlich oder scheinbar auf Urkunden zurückgingen, mussten eine subjektive Fassung erhalten.

2. Das Kammernotariat.

Jeder Notar war als öffentliche Beurkundungsperson rechtlich berufen, über eine Regierungshandlung des Königs ein endgültiges schriftliches Zeugnis aufzunehmen. Wie schon in früheren Jahrhunderten, so finden wir daher auch unter Heinrich VII. verschiedene Notare am Königs- und Kaiserhof in Italien thätig, Notare lokaler Art, ja selbst solche, welche ihr öffentliches Amt nicht von kaiserlicher, sondern von päpstlicher Verleihung herleiteten¹⁾.

Obschon aber rechtlich jeder beliebige der zahlreichen Notare, welche zur Betreibung privater Geschäfte in der Nähe des Monarchen sich aufhielten, zur Abfassung von Instrumenten königlicher Angelegenheiten geeignet war, so hat doch Heinrich VII. nur gelegentlich den einen oder anderen dieser Schreiber benützt, im allgemeinen vielmehr sich einer kleinen Gruppe bestimmter Notare bedient, die auf allen Fahrten seinem Hofe folgten, um auf seinen Befehl hin Instrumente aufzunehmen. Gerade die grosse Ausdehnung, welche damals dem Notariatswesen am Königshofe eingeräumt wurde, musste naturgemäss zur Bildung einer eigenen Hofbeamtung führen, welche diesen Zwecken dienen sollte. Es war dies das Kammernotariat.

Hofnotare im früheren Mittelalter. Dass der König nicht bloss wechselnd lokale Notare zur Fertigung von Instrumenten berief, sondern auch eigene Beamte zu diesen Zwecken an seinem Hofe hielt, ist schon unter den Saliern vorgekommen. Wenn die Notare Johannes et Waldo in den Jahren 1082 und 1084 Aufzeichnungen über königliche Regierungsakte machten²⁾, so ist noch nicht eine ständige Verbindung dieser Männer mit dem Hofe anzunehmen, weil die vermerkten Handlungen in demselben Orte, in Verona vor sich gegangen waren. Anders liegt die Sache beim Notar Dominicus, welcher unter Heinrich V. königliche Angelegenheiten zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten verbriefte³⁾, und ebenso ist eine

¹⁾ So zu Asti am 15., 18. und 23. Nov. 1310 neben dem Kammernotar Johann der in Asti ansässige Pfalznotar Bartolomäus Vellerutus. Bonaini I Nr. 49, 50, 53, 55; am 6. Januar 1311 »Jacobus de Rubino imperialis aule notarius« Ughelli 4, 801 f.; am 10. Mai 1311 »Norius de F. publicus apost. et imp. aule notarius« Dönniges II, 148 ff.; am 10. Sept. 1322 zu Arezzo neben dem Kammernotar Bernhard: »Joh. Dati quondam Philippi de Aretio« Dönniges 2, 67; i. J. 1313 neben Bernhard und einem päpstl. — kais. Notar Johannes de Urbino: »Bernardus Baboti publ. aut. apost. not.« Dönniges 2, 87 ff. und am 28. Juli 1313 »Symo quondam Ugerini« Dönniges 1, 94. ²⁾ Lünig 17^a, 914 f. (St. 2847); Gloria I Nr. 275 (St. 2861^a). ³⁾ Tiraboschi, Modena 2^b, 88 (St. 3134); Muratori, Ant. Ital. 1, 602 (St. 3138).

festen amtlichen Beziehung des Notars Othbertus zum Kaiserhof in den Jahren 1116 bis 1118 zweifellos¹⁾. Unter Friedrich I. begegnet uns dann ein bestimmter Amtsname: *imperialis aulae notarius*. So heisst zuerst im Jahre 1175 ein gewisser Ernestus²⁾, seit 1177 aber ist es Martinus Philippi *imperialis aulae et Papiensis notarius*, welcher unter Friedrich und unter Heinrich VI. häufig Instrumente fertigte, besonders auch als erster Gerichtsschreiber thätig war. Neben ihm sind indessen noch andere Hofnotare und Hofschreiber wirksam gewesen. So ward i. J. 1185 der Richterspruch des Legaten von einem „*V. imperialis aule notarius*“ aufgezeichnet³⁾ und am 7. April desselben Jahres ein kaiserlicher Schiedsspruch vor „*Arnerius Terdonensis notarius sacri palatii et nunc imperialis aule iudicum scriba*“ geschrieben⁴⁾.

Alle die Genannten waren im Dienste des Kaisers nachweisbar; schon damals aber finden wir kaiserliche Hofnotare, welche gar keine amtlichen Beziehungen zum Kaiserhofe gepflogen zu haben scheinen. So im Jahre 1171 einen Magister Prestiterinus, der sich „*dei gratia imperialis aulae notarius*“ nannte⁵⁾, und seit 1162 mehrfach öffentliche Schreiber, die Tabellionen des kaiserlichen Hofes hiessen⁶⁾, ohne als Beamte desselben thatsächlich gewirkt zu haben. Der Amtsname Hofnotar und Hoftabellio war daher zum inhaltslosen äusseren Titel herabgesunken, als der er uns noch in der Folgezeit unter den letzten Staufern und den spätmittelalterlichen Königen nicht selten begegnet⁷⁾.

Seit Otto IV. aber führten diejenigen Notare, welche den Schreiberdienst beim Königsgericht zu versehen und sonst Instrumente am Hofe zu fertigen hatten, einen andern Titel: *regalis resp. imperialis curiae notarius*⁸⁾, welcher von der Bezeichnung „*aulae notarius*“ wohlbewusst unterschieden wurde⁹⁾. Auch dieser Name verlor indessen schon unter

¹⁾ Gloria 1^b Nr. 77 (St. 3128), Nr. 78 (St. 3130), 79 (St. 3132) : Tiraboschi 2^b, 88 (St. 3136); Ficker, Forschungen 4 Nr. 96 (St. 3158*); vgl. auch Ficker, Forschungen 3, 464, wo auf Othbert hingewiesen ist. ²⁾ Ficker, Forschungen 3, 171.

³⁾ Urk. Nachweise bei Ficker, Forschungen 3, 171. ⁴⁾ Ficker, Forschungen 4 Nr. 157. ⁵⁾ Gloria 2 (Mon. VI.) Nr. 1300. ⁶⁾ Beacqua

imp. aule tabellio von 1162—1172. Gloria 2 Nr. 782, 789, 818, 1079; Ugerinus imp. aule tab. von 1163—1181 Gloria 2 Nr. 909, 999, 1001, 1419. Derselbe führte häufig bloss den Titel „notarius“ oder „tabellio“ z. B. Nr. 941, 952, 956, 964, 1158, 1533; — Warinus imp. aule d. Friderici tabellio von 1178—1180. Gloria Nr. 1370 f., 1378; — Pascalinus i. au. t. 1180. Gloria Nr. 1360. ⁷⁾ Solche

Notare finden wir z. B. Mittarelli Ann. 4, 307 zum Jahr 1210, 328 zu 1214, 411 zu 1220, 429 zu 1223, 470 zu 1228, 500 zu 1231, 566 zu 1242, 589 zu 1249; Guichenon, Hist. de Savoye 2, 52 zu 1221; dal Borgo, dipl. Pisani 252 zu 1291; Dönniges 2, 166 zu 1311 etc. Fast jedes italienische Urkundenbuch bietet Beispiele. ⁸⁾ z. B. Regesta imperii V. Nr. 349 (i. J. 1210), 436 (1210), 1161 (1220), 1168, 1936 (1232).

⁹⁾ Wir ersehen das am deutlichsten daraus, dass

Friedrich II. seine ursprüngliche Bedeutung und drückte nicht mehr eine Beziehung zum Kaiserhofe aus — was mit dem Verschwinden des italienischen Hofgerichtes zusammenhängt¹⁾. Und wie später diese Behörde durch das sizilianische Grosshofgericht mehr und mehr ersetzt zu werden begann, so sind gewissermassen auch die Schreiber desselben, die „*magnae imperialis curiae notarii*“ als die Amtsnachfolger der früheren Hofnotare anzusehen²⁾. Doch diese standen ausschliesslich im Dienste des Gerichtshofes und wurden zu einer notariellen Beurkundung sonstiger Regierungshandlungen des Kaisers nicht herbeigezogen.

Zum Theil wenigstens war nun das Kammernotariat Heinrichs VII. berufen, die Befugnisse der staufischen Hofnotare zu übernehmen; aber nur zum Theile, denn die Grundlagen der beiden Aemter waren doch verschieden. Während die Hofnotare im Wesen als Schreiber des obersten Gerichts in Italien wirkten — gleichviel ob der König persönlich den Vorsitz führte oder diesen von einem Stellvertreter einnehmen liess, standen die Kammernotare mit dem Hofgericht in keinem solchen Zusammenhang. Und während die ersteren nur gelegentlich aussergerichtliche Angelegenheiten in Instrumenten aufzeichneten, war gerade diese Thätigkeit der Mittelpunkt der amtlichen Arbeit letzterer. Je umfangreicher aber dieses Schaffen war, um so enger verwachsen erschienen diese Notare mit dem ganzen Geschäftsleben bei Hofe.

Die Kammernotare. Vier Männer sind es, welche während der Romfahrt Heinrichs VII. neben oder nach einander als Hofbeamte dieser Art wirkten.

Der erste Notar, welcher in Italien ein königliches Instrument schrieb, war Johannes de Dyst, dictus de Cruce, Kleriker der Lütticher Diözese³⁾. Vermuthlich mit seinem Bischof an den Hof Heinrichs gekommen, betheiligte er sich fortan eifrigst im königlichen Dienste. Seine öffentlichen Notariatsbefugnisse leitete er von einer kaiserlichen, seit Mai 1312 überdies noch von einer päpstlichen Verleihung her⁴⁾. Schon vor des Kaisers Tode muss er indessen

mitunter dieselbe Person den Titel „*imp. aule et reg. curie notarius*“ führte, z. B. Reg. imp. V. Nr. 1161; Ficker, Forschungen 4 Nr. 283 ff.

¹⁾ Ficker, Forschungen 3, 174 f. ²⁾ So Angelus (1238—1239) Reg. imp. V. Nr. 2406, 2417 u. s. w.; Petrus de Caserta (1240) Nr. 3159; Peregrinus de Caserta (1245) Nr. 3454; Jacobus de Rocca (1250) Nr. 3834. ³⁾ Zuerst am 3. November 1310. Bonaini 1, 58. — Die meisten der erhaltenen Instrumente, die Johannes fertigte, sind bei Bonaini 1 gedruckt und stammen aus dem Archiv Roncioni. ⁴⁾ Bonaini 1, 225.

gestorben oder wenigstens aus Heinrichs Umgebung gewichen sein, weil nach dem 18. Oktober 1312 die bisher zahlreichen Zeugnisse seiner Thätigkeit vollständig verstummen¹⁾. Auffallenderweise führte er niemals den Titel eines Kammernotars, obschon seine Wirksamkeit durchaus derjenigen der drei Männer gleicht, die mit diesem Amtsnamen ausgezeichnet waren.

Nächst Johannes begegnet uns Bernhardus de Mercato aus Yenna, einem savoyischen Orte, Kleriker der Diözese Bellay, kaiserlicher und päpstlicher Notar. Im Gefolge des Grafen von Savoyen, in dessen Dienste er vorher gestanden²⁾, war er nach Italien und an den Königshof gelangt, um seit November 1310 bis zu Heinrichs VII. Ableben ununterbrochen kaiserliche Instrumente zu fertigen und sich sonst im Schreiberdienste des Kaisers zu bewähren³⁾. Ihn aber deshalb als den dem Range nach ersten unter den am Hofe wirkenden Notaren anzusehen⁴⁾, ist ein Irrthum, allein dadurch hervorgerufen, dass zufällig gerade Bernhards archivalischer Nachlass in Turin erhalten ist und dass man das natürliche Hervortreten desselben in dieser Quelle einseitig als Ausdruck einer den anderen Notaren gegenüber höheren Stellung deutete. Wie Bernhard nach den Aussagen der von ihm gefertigten Instrumente, so würde ebenso jeder der anderen Notare in seinen Aufzeichnungen, falls diese in gleich reichem Masse erhalten wären, als der vornehmste und erste der Genossen erscheinen. Thatsächlich hat eben kein Rangverhältniss unter den Kammernotaren stattgefunden. Seit dem 18. April 1312 erst führte übrigens Bernhard den Titel eines Kammernotars, dessen er sich in der Folgezeit nur gelegentlich bediente⁵⁾.

Etwas später — nachweislich zuerst am 2. Januar 1311 — trat der Pisaner Notar Leopardus, Sohn des Notars Frenetti, in den Kreis der im engeren Dienste des Königs stehenden öffentlichen Notare⁶⁾.

¹⁾ Zuletzt Dönniges 2, 68. — März 1312 war er mit anderen Gesandten an König Robert geschickt worden. Bonaini 1, 310. ²⁾ Am 31. August 1297 unterfertigte er einen Vertrag des Grafen von Savoyen. Guichenon, Hist. de la Savoie 2, 156. — Noch Ende 1310 ist er als „clericus dicti d. comitis“ im Finanzdienst des Grafen thätig. Bonaini 1, 348. ³⁾ Zuerst am 24. Nov. 1310 Dönniges 2, 3 f. — Wenn er als Zeuge in einem Mailänder Instrument am 8. Febr. 1311 „protonotarius dicti domini regis“ heisst (Dönniges 2, 142), so ist dassicherlich nur eine willkürliche Titelverleihung seitens des Mailänder Notars, der ungeachtet eine amtliche Hofstellung Bernhards ausdrückte. ⁴⁾ So Dönniges 1, XI; Ficker, Wiener Sitzungsberichte 14, 144. ⁵⁾ Dönniges 2, 178; 1, 51, 94, 98; 2, 111; Bonaini 1, 341. — An Heinrichs VII. letztem Zug nach dem Süden nahm er theil, wie seine Anwesenheit zu S. Vincenzo am 27. Aug. 1313 bezeugt. Dönn. 2, 91. Dann verschwindet er aus unserem Gesichtskreis. ⁶⁾ Dönniges

Er war gleichzeitig *judex ordinarius*. Seit 18. April 1312 legte er sich mitunter den Titel eines Kammernotars bei, nachdem er sich schon am 2. Februar einmal „*camerae regis scriba publicus*“ genannt hatte¹⁾. Wie vor Heinrichs VII. Eintreffen in Italien, so finden wir ihn auch nach des Kaisers Ableben in seiner Vaterstadt Pisa als öffentlichen Notar²⁾.

Erst im Jahre 1312 scheint ein vierter Notar an den königlichen Hof gekommen zu sein: Paulus, Sohn des Ranuccini aus Podobonici oder — wie Heinrich VII. diesen Ort umtaufte — Montimperial. Am 11. April 1312 unterfertigte er als „*notarius et officialis regie majestatis*“, seit 12. September hiess er häufig „*notarius camere*“, am 12. Februar 1313 nannte er sich einmal „*nunc notarius et officialis camere*“³⁾.

Befugnisse und Verhältniss zur Kanzlei. Die erste und wichtigste Aufgabe dieser Kammernotare war es, über verschiedene Handlungen, die vor dem König oder durch ihn vollzogen wurden, Instrumente aufzunehmen. Zahlreiche Concepte, Abschriften, Originale und besonders auch die Ueberreste der jedem Notar vorgeschriebenen Buchung, der Imbreviaturen, zeugen von ihrer umfassenden Wirksamkeit. .

Schon diese Befugnisse brachten, da sie stetig geübt wurden, die Notare mit der königlichen Regierung in innigsten Zusammenhang. Denn ihnen oblag auch, alle nöthigen Vorbereitungen zu der königlichen Handlung zu treffen, welche sie in einem Instrument aufzeichnen sollten. Sie entwarfen, falls die Handlung im Verlesen einer Urkunde bestand, das Concept derselben⁴⁾, sie empfangen, prüften und bewahrten die Vollmachten städtischer Abgesandter, die zur Fidelitätsleistung an den Königshof gekommen waren⁵⁾.

Nachdem sie aber einmal so tief in das Geschäftsleben bei Hofe hineingezogen worden, ward ihre Wirksamkeit noch weiter ausgedehnt, selbst über das ohnehin schon grosse Gebiet aller der Befugnisse hinaus, die in weitestem Sinne sich auf Abfassung von Instrumenten bezogen.

Die Kammernotare nämlich waren auch Hilfsorgane für den

1, 24. — Schon am 16. Nov. 1310 schrieb er ein Instrument zu Asti, wo damals der König weilte.

¹⁾ Dönniges 2, 169, 178, 112. ²⁾ Im Jahr 1304 gehörte Leopardus zu den capitanei et administratores des Pisaner Notariats-Kollegiums. Bonaini, Statuti di Pisa 3, 832. — Am 31. Aug. 1315 ist er in Pisa nachzuweisen. Dal Borgo, diplomati Pisani S. 315. ³⁾ Dönniges 2, 176, 188, 194; Bonaini 1, 342 (notaire de la cambre). ⁴⁾ Vgl. oben S. 413 f. ⁵⁾ Vgl. unten S. 428.

Schreiberdienst beim Hofrath, bei jener Behörde, die, unter Heinrich VII. fester organisirt, regelmässig bestimmte Arbeiten zu erledigen hatte. Unter den Personen, welche am 29. November 1310 zu Asti in der „camera secreta“ des Königs den Rathseid leisteten, befanden sich auch Johannes und Bernhard¹⁾, jene beiden der vier Kammernotare, die schon damals in engeren Beziehungen zum Königshofe standen. In den letzten Monaten der Regierung Heinrichs aber hat Bernhard im kaiserlichen Auftrage den Sitzungen des Rathes beigewohnt und ein Verzeichniss der einlaufenden Geschäfte angelegt²⁾. Es ist wahrscheinlich, dass vorher von einem anderen Notar eine ähnliche Buchung geführt worden ist.

Die Beziehungen zum Rathe hatten indessen noch weitere Befugnisse zur Folge. Wenn wir hören, dass Bernhard de Mercato einmal eine abgehende Gesandtschaft mit den nöthigen reichen Hilfsmitteln an Dokumenten und Abschriften verschiedener Art ausrüstete³⁾, dass er ein andermal den umfassenden Bericht eines kaiserlichen Gesandten in Empfang nahm und verwahrte⁴⁾, dass er ein Verzeichniss der vorhandenen Archivalien anlegte⁵⁾ oder dass er zur Erleichterung des kaiserlichen Verständnisses wichtige Schriftstücke in dessen heimatliche Mundart übersetzte⁶⁾, wenn wir weiter hören, dass er im Anschluss an sein Rathsbuch ein Register der Gesandtschaftsinstructionen verfasste⁷⁾, so ersehen wir, welch' grossen Umfang die Befugnisse des Kammernotariats damals gewonnen hatten.

Was blieb bei dieser Ausdehnung der notariellen Wirksamkeit noch der Kanzlei zu thun übrig? Oder gehörten vielleicht die Kammernotare der Hofkanzlei an? Das letztere wurde oft behauptet⁸⁾. Die Annahme aber beruht auf dem Irrthum, dass die erhaltenen Concepte von Bernhards Hand einer wirklichen Beurkundung dienten, während sie — wie oben nachgewiesen wurde⁹⁾ — bloss die Grundlage für eine Fertigung von Instrumenten zu bilden hatten, ferner dass die vorhandene Buchung Bernhards ein Ueberrest der Kanzleiregister sei, obschon sie — wie im nächsten Abschnitt näher ausgeführt werden soll¹⁰⁾ —

¹⁾ Dönniges 1, 6. ²⁾ Das Rathsbuch (Dönniges 1, 51—96) wird unten S. 431 näher besprochen. ³⁾ Vgl. die Bemerkung Bernhards. Dönniges 2, 84.

⁴⁾ Vgl. die Notiz Bernhards auf der Rückseite des Berichts. Dönniges 1, 178.

⁵⁾ Dönniges 2, 112 f. vgl. unten S. 435 ff. ⁶⁾ So Dönniges 2, 32, 225.

⁷⁾ Dönniges 1, 99—178; darüber unten S. 432. — Nach den Aussagen der Rechnungen des Schatzmeisters ging Geld zu verschiedenen Zwecken auch durch die Hand der Kammernotare Bernhard und Paul. Bonaini 1, 311, 314, 341, 342. Bestimmte amtliche Befugnisse sind daraus nicht kennen zu lernen. ⁸⁾ So

noch Bresslau, Urkundenlehre 1, 498.

⁹⁾ S. 413 f.

¹⁰⁾ S. 428 f.

mit den in der Kanzlei angelegten Urkundenregistern gar nichts gemein hat. In der That ist nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vorhanden, dass die Kammernotare mit dem eigentlichen Beurkundungsgeschäft in Verbindung standen. Bei der verhältnissmässigen Reichhaltigkeit ihres litterarischen Nachlasses müssten, falls solche Beziehungen stattgefunden hätten, unbedingt Zeugnisse ihrer Thätigkeit in der Kanzlei noch jetzt vorliegen.

Wir haben daher die Kammernotare von den Mitgliedern der Kanzlei wohl zu unterscheiden und als eine eigene Gruppe von Hofbeamten anzusehen. Und recht gut lassen sich den Befugnissen beider bestimmte sondernde Grenzen ziehen. Die Kanzlei war und blieb die Behörde für die Ausfertigung von Urkunden, und niemals haben die Kammernotare dies Gebiet zu betreten versucht, um deutsche oder italienische Angelegenheiten zu erledigen.

Im Amtsnamen der Kammernotare ward übrigens mit aller Deutlichkeit die selbständige Stellung derselben gegenüber der Kanzlei ausgedrückt. Lange haben sich diese Notare eines bestimmten Hoftitels nicht bedient. Als sie aber im Jahre 1312 begannen, eine feste Bezeichnung für das sachlich schon gebildete Amt zu erlangen, da suchten sie trotz manchen Schwankens in der Wahl¹⁾ doch stets eine Beziehung zur königlichen Kammer auszudrücken.

Die Kammer nun war ein Hofamt wie das Marschall-, Schatz-, Küchenamt u. s. w. und wurde daher auch in den erhaltenen Rechnungen des Schatzmeisters als eine bestimmte Hofleute umfassende Gruppe den andern Hofbeamtungen gegenübergestellt²⁾. Aber es lag in der Natur der Sache, dass sie eine grössere Mannigfaltigkeit der Befugnisse besass als die anderen Hofämter, dass sie Mitglieder zählte, welche die verschiedenartigsten Dienste zu verrichten hatten. Denn wie „Kammer“ nicht nur die Bezeichnung für den Wohnraum des Königs war, sondern zugleich auch den Mittelpunkt der obersten Regierung und Verwaltung bedeutete, den Ort, wo im Gegensatz zu der öffentlicheren „curia“ die geheimsten Entschliessungen und Berathungen gepflogen wurden, so gab es theils Beamte der Kammer, welche mit der Fürsorge für des Königs leibliches Behagen betraut waren, theils solche, die am obersten Regiment umfassend mitwirkten.

Und jetzt vermögen wir die Bedeutung des Titels der Kammernotare vollständig zu würdigen. Sie waren die dem Könige persön-

¹⁾ Vgl. oben S. 423 A. 1 und 3. ²⁾ Vgl. die den Rechnungen entnommenen Nachrichten über die verschiedenen Hofämter bei Prowe, Finanzverwaltung am Hofe Heinrichs VII. S. 76—86.

lich zugetheilten Hilfsarbeiter für das gesammte Schreibgeschäft, soweit dieses nicht eine Ausfertigung von Königsurkunden betraf, sie waren insbesondere auch die Vermittler des schriftlichen Verkehrs zwischen Rath und Monarch¹⁾.

Die Wirksamkeit dieser Hofbeamten zeigte eine Beschränkung, welche der so weiten Spielraum gewährende Amtsname nicht andeutete: eine Beschränkung auf italienische Angelegenheiten. Für den wichtigsten Kreis ihrer Befugnisse, für das Abfassen von Instrumenten war das im Grunde selbstverständlich, weil alle öffentlichen Handlungen, die dafür in Betracht kommen konnten, sich nur auf italienische Dinge bezogen. Aber die Thätigkeit der Kammernotare reichte ja weiter. Und dass auch hier das ganze erhaltene Material allein auf Italien hinweist, ist überaus merkwürdig. Wenn in den vollständigen Nachrichten des Notars Bernhard über die Geschäfte des kaiserlichen Hofrathes kein Wort von einer deutschen Angelegenheit verlautet, so kann nicht bezweifelt werden, dass die Berathung deutscher Gegenstände überhaupt nicht zu den Rathsbefugnissen gehörte. Denn obschon Heinrich VII. seinen Sohn Johann zum Reichsverweser bestellt hatte, so waren seine Beziehungen zum Gebiet jenseits der Alpen keineswegs aufgehoben worden.

Eine gewisse Scheidung der obersten Regierungsbehörde nach zwei Reichsgebieten war also am Hofe Heinrichs VII. untrüglich vorhanden. Der Hofrath, von dessen regelmässiger Thätigkeit wir hören, bezog seine Rathschläge lediglich auf nichtdeutsche Angelegenheiten. Und dasselbe gilt von den Hilfsorganen, die ihm bei Erledigung der Schreibergeschäfte zur Seite standen und die als richtige Erzeugnisse einer rein italienischen Entwicklung Aufnahme am königlichen Hofe gefunden hatten: von den Kammernotaren.

Die Kanzlei dagegen war -- wie die Gleichartigkeit aller Urkunden bezeugt -- nicht in mehrere den verschiedenen Reichsgebieten entsprechende Abtheilungen gesondert. Ihre Wirksamkeit umfasste Geschäfte des ganzen Kaiserreichs. Aber nicht gleichmässig. Denn während die Kanzlei in der Erledigung deutscher Dinge durch das Kammernotariat nicht Abbruch erlitt, ward sie in allen auf Italien und die Kaiserpolitik bezüglichen Angelegenheiten durch die Wirksamkeit desselben wesentlich eingeschränkt. Nicht allein, weil zahlreiche Instrumente gefertigt wurden, welche die Königsurkunde zu verdrängen und zu ersetzen geeignet waren, sondern insbesondere auch dadurch, dass die Kammernotare den wichtigsten Sekretärdienst an höchster Regierungsstelle versahen.

¹⁾ Vgl. über die in mancher Hinsicht ähnlichen Befugnisse der päpstlichen Kammernotare Ottenthal in Mittheilungen Ergb. 1, 485 f.

3. Der archivalische Nachlass.

Nicht nur Kanzlei und Kammernotare, welche unter Heinrich VII. gesondert für das Schreibgeschäft an höchster Regierungsstelle sorgten, führten zahlreiche Archivalien mit sich, die sie als Hilfsmittel ihrer eigenen geschäftlichen Thätigkeit benöthigten; auch ausserhalb dieser Behörden wurden am Hofe Schriftsachen aufbewahrt.

Das ist ja jedenfalls schon für das frühere Mittelalter anzunehmen¹⁾, obgleich erst in weit späteren Zeiten Näheres hierüber verlautet. Unter Friedrich III. war es Regel, dass von Zeit zu Zeit das in der Kanzlei angesammelte Material, dessen diese nicht mehr unmittelbar bedurfte, an den Kaiser abgeliefert wurde, um besonderer Verwahrung überwiesen zu werden²⁾. Maximilian aber traf ganz bestimmte Anordnungen für eine stete Abstossung der Archivalien seitens der verschiedenen Kanzleien und für die Aufbewahrung derselben an eigenen Hofstellen.

Die Regierung Heinrichs VII. freilich scheint eine Organisation des Archivwesens noch nicht gekannt zu haben. Wenn uns berichtet wird, dass mehrere Urkunden zuerst beim Kaplan Goswin und dann in der kaiserlichen Garderobe ruhten³⁾, wenn wir weiter hören, dass nach Heinrichs plötzlichem Tode unter Kleinodien und anderen Kostbarkeiten, welche in vier Koffern zu S. Vincenzo lagen, auch 29 Archivstücke vorgefunden wurden⁴⁾, so ist zwar ersichtlich, dass nicht allein bei den Kammernotaren und in der Kanzlei, sondern auch an anderen Orten Archivalien sich befanden, aber zugleich auch offenbar, dass es eine einheitliche Archivverwaltung bei Hofe damals nicht gab.

Gleichwohl ist diese gewonnene Kenntniss als Ausgangspunkt der Untersuchung zu verwerthen. Wollen wir den archivalischen Nachlass Heinrichs VII. richtig beurtheilen, so müssen wir die ursprüngliche Sonderung desselben berücksichtigen, vor allem die Sonderung nach den beiden einer Erzeugung von Schriftstücken dienenden Hofstellen: nach Kammernotariat und Kanzlei.

Nachlass der Kammernotare. Einen grossen Umfang unter den Archivalien Heinrich VII. nimmt die Gruppe ein, welche auf den einstigen Besitz der Kammernotare zurückzuführen ist. Ja wenn wir den Turiner Bestand, den Dönniges veröffentlichte, allein betrachten, so ergibt sich, dass wir es hier ausschliesslich mit dem Nachlass eines Kammernotars, des Bernhardus de Mercato zu

¹⁾ Bresslau, Urkundenlehre 1, 132 f. ²⁾ Vgl. Chmel, Reg. Friedrichs III Nr. 3850, 3933, 3969, 4016, 4020, 4042, 4070, 4100, 4103, 4195, 4560. ³⁾ Dönniges 2, 116. ⁴⁾ Dönniges 2, 91.

thun haben. Auch nicht ein Schriftstück ist vorhanden, welches dieser Annahme widerstritte¹⁾.

Hier befinden sich Concepte und Abschriften von Instrumenten, die Bernhard oder einer seiner Mitnotare schrieb²⁾, hier liegen Originale der Vollmachten, welche vornehmlich die italienischen Stadtgemeinden ihren Vertretern nach dem Kaiserhofe mitgaben und welche derjenige der Notare, der über die darauffolgende Handlung ein Instrument ausfertigte, zu behalten pflegte³⁾; hier finden wir einen umfassenden Gesandtschaftsbericht, der dem Kammernotar Bernhard eingeliefert und von ihm aufbewahrt worden ist⁴⁾; hier treffen wir auch die merkwürdigen Ueberreste der oft missverstandenen Buchung desselben Bernhard an. Mit diesen müssen wir uns zunächst näher beschäftigen.

1. Das älteste derselben ist ein Register der Notariatsakte, vom 25. November 1310 bis zum 20. Februar 1311 reichend⁵⁾. Fassen wir zuerst die Art seiner Anlage ins Auge, so erscheint uns zwar die chronologische Ordnung vielfach durchbrochen; doch ist deshalb die Annahme einer schrittweisen Eintragung keineswegs ausgeschlossen. Denn die örtliche Reihenfolge der einzelnen Bemerkungen bedeutet nicht zugleich die der zeitlichen Einzeichnung. Der Notar hat vielmehr, um Notizen über sachlich zusammenhängende und zu verschiedenen Zeiten erfolgende Handlungen an einander stellen zu können, mitunter Raum freigelassen und diesen nachträglich mit späteren Vermerken angefüllt.

Auch ohne Einsicht in die Handschrift vermögen wir das häufiger deutlich zu erkennen. Schon Dönniges machte (Einl. S. XII) darauf aufmerksam, dass Nr. 43 S. 29 vom 7. Februar, welche zwischen No-

¹⁾ Denn die Originale Heinrichs VII. (Dönniges 2, 121, 122, 158, 184, 194, 209 f.), sämmtlich für den Grafen von Savoyen bestimmt, stammen natürlich aus dem Savoyer Archiv. — Wenn ferner einige Originalinstrumente vorliegen, an deren Ausfertigung Bernhard nicht betheiligt war (Dönniges 2, 171, 193, 198, 202), so ist doch eine Aufbewahrung derselben durch B. keineswegs unwahrscheinlich, ja die Aufschrift zu Nr. 57 (Dönniges 2, 202) deutet das unmittelbar an. ²⁾ Der von Dönniges 2, VI f. als Nr. IV. beschriebene Codex enthält eine Sammlung solcher Stücke, grösstentheils auch die Cod. Nr. V. u. VI. vgl. Dönniges 2, S. VIII. ff. ³⁾ Dönniges 2, Dipl. Nr. 13, 24—26, 33, 37, 43 zeigen durch die von Bernhard herrührenden Notizen über die entsprechende Handlung, dass sie aus dessen Nachlass stammen. Das Gleiche ist wohl bei den zahlreich erhaltenen Vollmachten anzunehmen, welche solche Bemerkungen nicht besitzen. Dönniges 2, 121 ff. ⁴⁾ Das beweist die Bemerkung Bernhards. Dönniges 1, 178 Anm. ⁵⁾ Dönniges 1, 3—44. — Bresslau, Urkundenlehre 1, 109 bezeichnet dasselbe irrthümlich: Copialbuch der Unterwerfungsurkunden italienischer Fürsten und Communen.

tizen vom 10. Januar steht, erst später hier eingetragen wurde. Dasselbe lässt sich von Nr. 13^a (S. 15 ff.) annehmen: das Friedenswerk, welches der König am 15. Dezember begann und worüber der Notar sogleich eine Aufzeichnung machte, ward an diesem Tage nicht beendet; da nun eine Fortsetzung königlicher Handlungen in derselben Sache und demnach auch die Nothwendigkeit einer notariellen Aufzeichnung während der nächsten Tage zu erwarten war, so liess Bernhard ein Blatt (Bl. 12) leer und fuhr zunächst auf Blatt 13 mit Vermerken über andere am 15. Dezember erfolgte Handlungen fort, um am 16. und 18. des Monats die Fortsetzung des Friedensgeschäftes auf Bl. 12 zu schreiben. Aehnlich ist jedenfalls Nr. 20 vom 19. Dezember, mit welchem Blatt 16 beginnt, zeitlich vor Nr. 17., 18. und 19. vom 25. Dezember und Nr. 71 vom 6. Januar, mit dem Bl. 30 anfängt, vor den örtlich voranstehenden Notizen eingetragen worden.

Vermuthlich liesse ein Einblick in die Handschrift auch sonst noch die ungleiche Zeitfolge in dieser Art erklären. Doch genügen schon die bisherigen Ausführungen, um zu erkennen, dass die Register nicht in einem Zuge, sondern stückweise und zur Zeit der jeweiligen Handlung geschrieben worden sind.

Wir haben es hier demnach mit jenen ursprünglichen Aktaufzeichnungen eines Notars zu thun, die man als Imbreviaturen bezeichnete¹⁾ und welche als Grundlage für eine spätere Ausfertigung von Instrumenten und als Buchung der gesammten notariellen Thätigkeit dienen sollten. Die Seitenbemerkungen „factum semel pro comite“ (S. 3), „factum semel pro rege“ (S. 4), „expedita per Leopardum“ (S. 29) und „expedita per me Bernardum“ (S. 30)²⁾ beziehen sich zweifellos auf die nachfolgende Abfassung wirklicher Notariatsurkunden³⁾.

Nicht alle königlichen Regierungshandlungen, über welche man überhaupt in diesen Monaten Instrumente ausgestellt hatte, wurden in dem Register verzeichnet⁴⁾. Die von anderen Notaren gefertigten Akte

¹⁾ Vgl. Ficker, Urkundenlehre I, 343 f., wo auch die Imbreviaturen Bernhards gewürdigt werden.

²⁾ Aehnliche Bedeutung haben vermuthlich die gelegentlichen Randbemerkungen R. und F. Letzteres bezeichnet wohl „factum“, ersteres vielleicht „rex“, d. h. pro rege factum.

³⁾ Von einigen Aktaufzeichnungen sind vollständige Instrumente erhalten. Vgl. z. B. Dönniges I, 21 Nr. 24 und Muratori, Ant. It. 4, 631; D. I, 23 Nr. 25 und Bonaini I, 109 Nr. 78; D. I, 23 Nr. 26 u. Bon. I, 112 Nr. 79; D. I, 24 Nr. 28 u. Muratori 4, 633; D. I, 25 Nr. 30 u. Bon. I, 117 Nr. 82; D. I, 33 Nr. 55 u. D. 2, 134 f.; D. I, 34 Nr. 59 u. Bon. 2, 374 Nr. 195; D. I, 43 Nr. 79 u. Bon. I, 129. — In den tatsächlichen Angaben herrscht stets, im Wortlaut mitunter genaueste Uebereinstimmung. Einmal (D. I Nr. 26) nennt das Register einen Zeugen, den das Instrument nicht kennt.

⁴⁾ Z. B. die Instrumente bei Ughelli 4, 801 f. und Bonaini I, Nr. 96 aus dieser Zeit.

konnten natürlich hier, wo es eine Uebersicht über Bernhards Thätigkeit allein zu geben galt, keine Aufnahme finden. Sonderbar erscheinen könnte dagegen der Umstand, dass offenbar nicht einmal alle Handlungen, an deren notarieller Aufzeichnung Bernhard theilhaftig war, hier anzutreffen sind. So suchen wir vergebens nach einem Vermerk über die Fidelitätsleistung der Stadt Novara vom 20. Dezember 1310, vergebens nach einer Notiz über einen Notariatsakt vom 12. Januar 1311¹⁾. Es scheint mir nun nicht statthaft, diese Unvollständigkeit auf eine Nachlässigkeit Bernhards zurückzuführen, obschon es der Arbeit mitunter an Gewissenhaftigkeit fehlte²⁾. Die richtige Erklärung meine ich vielmehr in der Eigenthümlichkeit der Imbreviaturen zu finden: der Schreiber derselben nämlich und der des entsprechenden Instruments war nicht immer dieselbe Person³⁾. Bernhards Imbreviatur konnte ebenso von einem anderen Notar zur Ausstellung eines Instrumentes benutzt werden⁴⁾, als andererseits Bernhard auch solche Gegenstände in einem Instrumente behandeln durfte, über die er selbst keine Imbreviatur entworfen hatte.

Der Umfang des Registers ist indessen noch nach einer anderen Richtung hin genauer festzustellen. Die Aufzeichnungen waren nicht auf königliche Handlungen beschränkt. Wie Bernhard als öffentlicher Notar Instrumente beliebiger Art aufnehmen durfte, so konnten seine Imbreviaturen auch Gegenstände behandeln, die ausserhalb der königlichen Geschäfte lagen. Allerdings stand er andererseits als Kammernotar im Sonderdienst des Königs und aus diesem Grunde musste eine notarielle Bethätigung auf anderem Gebiete dürftig bleiben. Von den vielen Akten, die das Register aufführt, beschäftigen sich nur zwei mit Angelegenheiten, die keine königliche Handlung betrafen⁵⁾.

Die erhaltenen Imbreviaturen sind jedenfalls bloss ein kleiner Ueberrest des einst Vorhandenen. Denn obschon der Codex, welcher sie enthält, von ihnen nicht einmal ganz ausgefüllt wurde und zwei Jahre später auf seinem leergebliebenen Theil Aufzeichnungen anderer

¹⁾ Bonaini 1, Nr. 74 und Dönniges 2, 132. ²⁾ So lässt sich ein chronologisches Versehen Bernhards nachweisen. Nach Dönniges 1, 17 leistete Vercelli am 15. Dezember 1310 Huldigung. Aber das Original der Vollmacht, welche die städtischen Vertreter vorlegten, trägt die Zeitangabe des 16. Dez. Da hier ein Irrthum wegen der Uebereinstimmung des Wochen- und Monatstages ausgeschlossen ist, so liegt eine Nachlässigkeit Bernhards vor. ³⁾ Ficker, Urkundenlehre 1, 343.

⁴⁾ Dass dies auch wirklich geschah, besagt die Randnotiz „expedita per Leopardum“, die sich an Bernhards Imbreviaturen findet. Dönniges 1, 29.

⁵⁾ Dönniges 1, 30 Nr. 45 u. 42 Nr. 77. Der eine Akt erfolgte nicht durch den König und auch nicht in Gegenwart desselben, aber in seinem Interesse; der zweite betraf eine ausserkönigliche Privatangelegenheit.

Art empfangen durfte¹⁾, so müssen wir doch annehmen, Bernhard habe ein ähnliches Register seiner Akte auch in der Folgezeit auf anderen Blättern geführt²⁾.

Die Hofstellung Bernhards hat ihn noch zur Anlage anderer Bücher veranlasst.

2. Am 6. April 1313 trug ihm der Kaiser auf, die Gegenstände der Verhandlungen des Hofrathes aufzuzeichnen: die einlaufenden Geschäfte und die Art ihrer Erledigung (die *propositio* und *expeditio*) in einem Buche zur persönlichen Orientirung Heinrichs VII. zu vermerken³⁾.

Bernhard entledigte sich seiner Aufgabe, indem er — zumeist in französischer Sprache — Schritt für Schritt Notizen über die Rathsverhandlungen vom 6. April bis zum 29. Juli schrieb und zwar Notizen, welche nicht den Gang, sondern bloss den Gegenstand und — häufig wenigstens — das Ergebniss der Berathungen betrafen.

Vielfach aber erweiterte er diese Grenzen seiner Buchung, indem er überdies zwischen diese Notizen gelegentlich Bemerkungen über solche kaiserliche Regierungshandlungen einstreute, die sich ausserhalb des Rathes vollzogen: über Belehnungen, Empfangnahme von Huldigungen u. dgl.⁴⁾. Obschon diese Bemerkungen in einer den Imbreviaturen vielfach ähnlichen Form erschienen, sind sie nicht — wie man leicht meinen könnte — gleich diesen unmittelbar erfolgte Aktnotizen, sondern wurden offenbar erst später auf Grund schon vorhandener anderer Aufzeichnungen, zum Theil wohl auf Grund von Instrumenten eingetragen⁵⁾.

Bei aller Reichlichkeit der Nachrichten aber, die uns dies werthvolle Buch Bernhards bietet, ist das Bild der geschäftlichen Wirksamkeit bei Hofe, das es uns entfaltet, nur unvollständig.

¹⁾ Vgl. Dönniges Einl. p. XI f. ²⁾ Einzelne Blätter der Imbreviaturen aus späterer Zeit sind erhalten und von Dönniges im 2. Bd. unter den „*acta registrata*“ gedruckt. ³⁾ „*fuit ordinatum per . . . imperatorem et eius consilium, quod omnia negotia . . . de quibus expedit habere maturam deliberationem omni die proponantur in consilio . . . et eorum propositio et expeditio redigantur in scriptis.*“ Dönniges 1, 51.

⁴⁾ So Dönniges 1, 66 f. Nr. 47, 76, 83 bis 88, 106, 111 f., 126—130, 139. Uebrigens beabsichtigte Bernhard von Anfang an, seinem Geschäftsbuch diese Ausdehnung zu geben. In der Vorbemerkung sagte er (Dönniges 1, 51): „*incepti . . . inserere . . . , ut ipse (imperator) facilius intelligere possit ea que coram eo et dicto consilio proposita fuerint et etiam expedita.*“ ⁵⁾ Dass die Einzeichnungen nicht unmittelbar erfolgten, zeigt die chronologische Ordnung, z. B. S. 93: 10. Juli, 8. Juli, 9. Juli und besonders 82, wo eine Bemerkung vom 30. April mitten unter Aufzeichnungen aus dem Juni stehen. Nr. 130 (S. 94) ist ganz sichtlich nach einem Instrument des Pisaner Notars Symon geschrieben.

Bloss eine — obschon allerdings die umfangreichere — Seite der kaiserlichen Regierung während dreier Monate erscheint beleuchtet. Aller Massregeln, welche Deutschland betreffen, wird hier mit keinem Worte gedacht¹⁾.

3. Gleichzeitig mit dem liber propositorum et expositorum führte Bernhard noch ein Register der Gesandtschaftsinstructionen. Es stand im innigsten Zusammenhang mit dem Rathsbuche und sollte gleichsam nur eine besondere Abtheilung desselben bilden. Denn da es Sache des Rathes war, die abgehenden Gesandten mitzugebenden Anweisungen festzusetzen, so durfte Bernhard die Buchung derselben sehr wohl den expedita des Rathes an die Seite stellen²⁾.

Thatsächlich nun enthielt das Register neun Instructionen vom 6. April bis zum 27. Mai 1313 in vollständigen Abschriften, die aber — wie wenigstens in einem Falle nachgewiesen — nicht besonders genau ausgeführt wurden³⁾. Nachträglich fügte Bernhard den einzelnen dieser Abschriften Bemerkungen über das Ergebniss der Gesandtschaft hinzu⁴⁾, der ersten liess er sogar die entsprechende Relation nachfolgen⁵⁾.

Alles in allem genommen, ist nur ein kleiner Theil der von den Kammernotaren bei Hofe wirklich geführten Buchung bis auf unsere Tage gekommen. Solche Register der Notariatsakte, der Rathshandlungen und der Gesandtschaftsinstructionen, die uns jetzt für wenige Monate vorliegen, sind gewiss auch während der übrigen Regierungszeit geschrieben worden — von Bernhard oder einem anderen Kammernotar. Die Grenze des Verlustes in dieser Richtung irgendwie anzugeben, liegt ausser dem Bereich unseres Könnens. Nur die Frage, ob die grossen Einbussen am einstigen Bestand nicht eine ganze Buchungsart unserer Kenntniss entzogen, gilt noch zu beantworten. Einige Andeutungen scheinen sie zu bejahen. Auf der Rückseite zahlreicher an den Kaiserhof gelangter Vollmachten nämlich finden sich die Bemerkungen „registratum est“, „registratum per Joannem“ u. s. w.⁶⁾. Man deutete diese neuestens so, dass man auf Grund ihrer Aussagen

¹⁾ Vgl. oben S. 426. ²⁾ Bernhard betitelt das Register „liber de gestis per consilium imperatoris“ Dönniges 1, 98. ³⁾ Vgl. Dönniges 1, 110 Nr. 6 mit Dönniges 2, XV ff. Bernhard hat einen ganzen Absatz (S. XVII Z. 20—25) ausgelassen. ⁴⁾ Vgl. Dönniges 1, 110, 111. ⁵⁾ Die Relationen vom 4., 7., 8., 11. und 14. Mai trug Bernhard jedenfalls auf dem leer gebliebenen Raum von Bl. 2 ein, nachdem er bereits die nächste Instruction auf Bl. 3 geschrieben hatte. Der freie Raum aber genügte nicht und deshalb musste auf zwei Beiblättern fortgefahren werden. Vgl. Dönniges 1, 101 Anm. ⁶⁾ Bonaini 1, Nr. 57—59, 61 f., 64 f., 67, 69, 93, 100, 107, 150, 153, 155—160, 162, 164.

das Vorhandensein von eigenen Kopialbüchern dieser Urkunden oder Instrumente annahm¹⁾. Doch abgesehen davon, dass eine solche Buchung thatsächlich überflüssig gewesen wäre, ist es bei der schwankenden Bedeutung, die damals das Wort *registrare* besass, keineswegs nothwendig, diesen bestimmten Begriff damit zu verbinden. Ja eine nähere Betrachtung der Dorsualnotizen lehrt uns sogar, diese Bezeichnung in anderer Weise zu deuten. Wenn es heisst, „*registratum* Papie“ oder „*registrata per Joannem, interfuit Leopardus*“ oder „*per Joannem et Leopardum*“²⁾, so kann offenbar damit nicht die Eintragung in ein Kopialbuch gemeint sein, sondern es sollte doch wohl nur kurz auf die notarielle Aufzeichnung jener öffentlichen Handlung, welcher die Vollmacht diente, resp. auf die Notiz der Imbreviaturen, die ja zugleich auch den Wortlaut oder Inhalt dieser Vollmachten angaben, hingewiesen werden.

Und in ähnlicher Weise sind auch andere Bemerkungen zu beurtheilen, die eine flüchtige Betrachtung als Andeutung einer notariellen Buchung bei Hofe ansehen könnte. Im Turiner Archiv nämlich befinden sich mehrere Schriftstücke, die von Bernhard mit einem *r.* oder mit „*registratum*“ versehen worden sind³⁾. Da sie alle sich als von Bernhard gefertigte Abschriften erweisen, u. z. sowohl Abschriften fremder an den Königshof gekommener Urkunden, als solche eigener urkundlicher Erzeugnisse (von Instrumenten oder Diplomen), so kann hier der Vermerk „*registratum*“ nicht die Eintragung in ein Register oder Kopialbuch, sondern allein die Charakterisirung der so geschmückten Schriftstücke als *registrata*, als Abschriften haben ausdrücken wollen.

So fehlt es uns demnach an jeder Andeutung, wornach die Kammernotare ausser der durch die erwähnten Ueberreste uns bekannt gewordenen Buchung noch in anderer Weise eine solche Thätigkeit entwickelt hätten. Mit der Registrirung der Notariatsakte und der Gesandtschaftsinstructionen, mit der Führung des Rathsbuches war diese Seite ihrer Befugnisse erschöpft. Ausgeschlossen von ihrer Bethätigung war insbesondere die Anlage von Registern kaiserlicher Urkunden, von allgemeinen ebenso wie von besonderen. Denn wie die Kammernotare mit der Fertigung kaiserlicher Urkunden nichts zu schaffen hatten, so gehörte auch die Buchung derselben ganz allein dem Bereiche der Hofkanzlei an.

Ueberblicken wir nach diesen Ausführungen die in Turin befind-

¹⁾ Bresslau, *Urkundenlehre* 1, 109. ²⁾ Bonaini 1, Nr. 107, 150, 153, 156–158, 160, 162. ³⁾ Dönniges 2, 35, 37 f., 48, 51, 68.

lichen Schriftstücke, die wir als Nachlass Bernhards erkannten, so lässt sich wohl der fragmentarische Charakter derselben behaupten, aber nicht das Verhältniss des Erhaltenen zum einst Gewesenen im einzelnen bestimmen. Dagegen liegt für das gegenwärtige Vorhandensein dieses Materiales gerade im Turiner Archiv eine haltbare Erklärung in der Thatsache, dass Bernhard, bis 1310 im Dienste des Grafen von Savoyen thätig, vermuthlich nach Heinrichs VII. Tod in sein Heimatland zurückgekehrt war.

Von den anderen Kammernotaren hat sich ein Nachlass wenigstens nicht in dem gleichen Umfang erhalten. Nur einige Bestände des Archivs Roncioni weisen ähnlich auf Johannes von Dyst hin, wie das Turiner Archiv auf Bernhard hindeutete.

Hier finden sich nämlich am Kaiserhofe eingelaufene Vollmachten vor, welche Vermerke von Johannes Hand tragen und wohl einst von diesem verwahrt wurden, hier ruhen überdies zahlreiche Instrumente, die denselben Notar zum Verfasser haben¹⁾.

Wie dieser Nachlass des Kammernotars Johannes — denn als solchen müssen wir diese Archivalien erkennen — in das Pisaner Familienarchiv gekommen, ist nicht zu vermuthen. Johannes hat zwar noch bei Lebzeiten Heinrichs den kaiserlichen Dienst verlassen und da läge die Annahme nahe, eben dadurch sei die ganze Menge der Archivalien, welche die anderen Kammernotare nach dem Ableben des Kaisers persönlich besaßen, an Kammer oder Kanzlei gelangt und mit dem archivalischen Ueberreste Heinrichs nach Pisa verschlagen worden. Aber dem widerspricht das im Grunde doch verschiedene Schicksal dieser beiden Gruppen des Nachlasses. Denn alle Stücke, die auf den Besitz Johannes zurückzuführen sind, verblieben zusammen an einem Orte, die Ueberreste aus Heinrichs VII. Archiv und Kanzlei jedoch finden wir jetzt zerstreut und zertheilt an zwei verschiedenen Stellen.

Der Nachlass der Kanzlei und des Archivs. Sehr weit-schichtig ist das Material, welches nach Abzug der einst den Kammer-notaren gehörenden Stücke im Pisaner Kapitel- und im Familien-archiv der Roncioni übrig bleibt. Den grössten Umfang nehmen die am Hofe eingetroffenen fremden Urkunden in Anspruch: Papstbriefe, Petitionen, Versprechungen u. dgl. Dazu kommen Abschriften verschiedenen Inhaltes, dessen Kenntniss der kaiserlichen Regierung von Nutzen war, erledigte Rechnungen des Schatzmeisters, dann einige

¹⁾ Alle Instrumente Heinrichs VII., die zu Pisa sich vorfanden, rühren von Johannes her. Bonaini 1, Nr. 45 f., 49, 53, 55, 74, 78, 82, 96, 110. Bloss Nr. 50 (eine Wiederholung von Nr. 49) ist von einem andern Notar, von einem Bartholomaeus geschrieben, der aber kein Hofbeamter war.

nicht ausgefolgte oder zurückgestellte Kaiserurkunden und Abschriften von solchen kaiserlichen Diplomen früherer Zeiten, die einer neueren Beurkundung zu Grunde gelegt worden sind.

Alle diese Archivalien gehörten zu dem sozusagen toten Material, kein Stück derselben ist derart, dass es als thätiges Hilfsmittel dem Wirken der Kanzlei noch unmittelbar hätte dienen können; alle sind — wenn wir in diesem Sinne eine Zugehörigkeit zur Kanzlei von einer solchen zum Archiv sondern wollen¹⁾ — allein als Ueberreste des Archives anzusehen.

Dass es damals im 14. Jahrhundert nicht eine eigene Hofstelle gab, wo all die von der Kanzlei abgestossenen Schriftstücke gesammelt wurden, dass eine besondere Archivverwaltung unbekannt war, hatten wir bereits bei anderer Gelegenheit hervorgehoben. Gleichwohl müssen wir jetzt versuchen, über die Art und Weise der Behandlung von Archivalien am Hofe Heinrichs VII. nähere Kunde zu erhalten, damit wir daraufhin in der Lage seien, den Umfang und Werth des Erhaltenen bestimmen zu können. Und dafür bieten sich uns die Aussagen eines merkwürdigen Schriftstückes, des sogenannten *registrum informationum* dar, die es zunächst richtig zu deuten gilt.

Auf acht Blättern vermerkt der Kammernotar Bernhard²⁾ in stets neu beginnenden Zeilen den Inhalt der am Kaiserhof befindlichen Archivalien: der Urkunden, die von auswärts eingelangt waren, der Rechnungen des Schatzmeisters, der Schriftstücke aus der Zeit früherer deutscher Könige u. s. w. Dabei schlossen sich die Aufzeichnungen zumeist dem Wortlaute an, welcher auf der Rückseite der Dokumente selbst seitens des Empfängers geschrieben war. Am Rande aber der einzelnen Angaben findet sich eine der Bemerkungen: *R., cur. oder p.* Nachdem in dieser Art Bernhard 145 Archivstücke verzeichnet hatte, fügte er am Schlusse die Inhaltsangabe von elf Urkunden hinzu — ohne Randvermerk, dafür aber eingeleitet mit den Worten: *hec sunt littere que fuerunt invente in guarderoba domini et que remanent in Pisis cum aliis litteris domini.*

Dies „*registrum informationum imperatoris*,“ wie es nach einer der Handschrift eigenthümlichen Aufzeichnung heisst³⁾, ist schon oft, doch meines Erachtens bisher nicht richtig beurtheilt worden. Dönniges sah es als ein Verzeichniss der beim Tode des Kaisers in Pisa gefundenen Archivalien an⁴⁾. Ficker nahm zwar für die Entstehung dessel-

¹⁾ oben S. 427.

²⁾ Nach Dönniges 2, XI.

³⁾ Nach Dönniges'

Meinung ist allerdings diese Ueberschrift erst im 15. Jahrhundert geschrieben.

⁴⁾ Vgl. Ueberschrift bei Dönniges 2, 112.

ben den gleichen Zeitpunkt in Anspruch, vermuthete dagegen weiter, dass es die auf dem Marsche von Pisa nach dem Süden mitgenommenen Schriftstücke angebe und dass die Worte „remanent in Pisis“ eine Anordnung über die vorläufige Bewahrung des gesammten hier verzeichneten Nachlasses betreffen¹⁾.

Diese Deutung scheint sich in der That auf den ersten Anblick aus dem Wortlaute der Bemerkung zu ergeben; erweist sich indessen bei näherer Beleuchtung als unrichtig. Sie wird hinfällig allein durch die Erkenntniss, dass in diesem *registrum informationum* dieselben 29 Urkunden anzutreffen sind, welche unter den kaiserlichen Kostbarkeiten zu S. Vincenzo gefunden und dem Hofmarschall überantwortet wurden²⁾. Ein Verzeichniss, das diese Stücke enthält, kann nicht die in Pisa zurückgebliebenen Archivalien angehen, ja kann überhaupt nicht auf den Nachlass Heinrichs VII. Bezug haben. Und dafür haben wir noch einen weiteren unmittelbaren Beweis. Bernhard fügt nämlich einmal der Angabe eines Papstbriefes („*Alexandrinis quod obediant domino*“) hinzu: „*et est littera penes patriarcham Antiochenum, debet requiri per cancellarium et portari ad curiam*“³⁾). Daraus ist zu ersehen, dass dies *Registrum* nicht erst nach des Kaisers Tode angelegt sei.

Halten wir nun an dem einen Ergebniss fest: das Verzeichniss ist bei Lebzeiten Heinrichs geschrieben, so erübrigt noch die Beantwortung der Frage nach Zeit und Zweck. Darüber wird uns die kurze Notiz belehren, welche die Aufführung der letzten elf Urkunden einleitete. „Das sind die Briefe, welche in der kaiserlichen Garderobe gefunden wurden und die zu Pisa mit anderen Briefen zurückbleiben.“ Weil das Verzeichniss noch während der Regierung Heinrichs angelegt wurde, muss diese Anordnung des Zurückbleibens zu einer Zeit erfolgt sein, wo der Kaiser Pisa zu verlassen im Begriffe war. Und das war im August des Jahres 1313 der Fall, als Heinrich VII. seinen letzten Aufenthalt in der treuen Ghibellinenstadt beenden wollte, um am 8. August aufzubrechen und den Krieg gegen die Neapolitaner zu beginnen. Damals also, kurz vor des Kaisers Abzug, in den ersten Ta-

¹⁾ Wiener Sitzungsber. 14, 145. So auch Bresslau, *Urkundenlehre* I, 141.

²⁾ Vgl. Dönniges 2, 112 Z. 8 v. u. f., S. 113 Z. 1–15, 114 Z. 31–34 mit Dönn. 2, S. 91 Z. 14–17 v. u. ³⁾ Dönniges 2, 114. — Der Patriarch von Antiochia

ging damals von Pisa mit einer kaiserlichen Gesandtschaft nach Avignon. Da der Weg über Alessandria führte, so übernahm er wohl bei dieser Gelegenheit eine besondere Mission an diese Kommune und sollte ihr eine päpstliche Aufforderung zum Gehorsam vorlegen, eine Urkunde, welche Heinrich VII. sich schon vorher mit anderen ähnlichen Papstbriefen (vgl. Dönniges 2, 113 f.) verschafft hatte.

gen des August vielleicht, wurden diese Blätter von Bernhard geschrieben¹⁾.

Ist uns so der Zeitpunkt der Abfassung bekannt, so werden wir leichter den Zweck zu verstehen vermögen.

Nur von den letzten elf Stücken wird gesagt, sie hätten in Pisa zurückzubleiben. Dass dies bei den vorangestellten 145 wenigstens nicht durchweg der Fall war, beweist die Thatsache des späteren Auffindens von 29 derselben unter dem Reisegepäck des Kaisers. Was geschah also mit den 145 Urkunden des Verzeichnisses?

Da ist es nun auffallend, einmal dass bei den letzten elf Urkunden, denen Bernhard bereits die besondere Bemerkung des Verbleibens in Pisa beigefügt hatte, keine der Randnotizen r., cur. oder p̄ steht, die doch allen der voranstehenden 145 Angaben an die Seite gesetzt wurden; ferner dass unter den reichen Ueberresten, die zu Pisa sich vorfinden, keine Stücke solchen des Verzeichnisses entsprechen, welche den Randvermerk cur. oder p̄. tragen, sondern ausschliesslich nur denen, die als Randnotiz ein r. besitzen; und endlich dass die 29 unter den wichtigsten Kostbarkeiten des Kaisers zu S. Vincenzo gefundenen Urkunden hier sämmtlich mit einem p̄. versehen erscheinen.

Das Ergebniss dieser Beobachtungen beruht unmöglich auf Zufälligkeiten; wir sind daher berechtigt, einige weitere Folgerungen zu ziehen.

Bei den letzten elf Stücken, so müssen wir schliessen, fehlte die Randnotiz, weil in dem ihnen vorangehenden Vermerk schon das angegeben war, was für die andern 145 Urkunden die Randnotizen ausdrücken sollten. Diese hatten also zu bezeichnen, was mit den einzelnen angeführten Archivalien zu geschehen habe, ob sie in Pisa zurückgelassen oder nach dem Süden mitgeführt werden sollten. Die Randnotizen bezweckten, die Art der beschlossenen Sonderung aller vorhandenen Archivalien in drei Gruppen anzudeuten.

Im Hinblick auf die Worte „remanent in Pisis“, welche das Schicksal der zuletzt angeführten elf Urkunden bestimmten, und in Erwägung, dass alle später in Pisa gefundenen Archivalien in dem Verzeichniss mit dem Vermerke r. versehen erscheinen, dürfen wir demnach zuversichtlich annehmen, mit r. sei das Wort „remanet“ gemeint und die Zurücklassung der entsprechenden Urkunde in Pisa bestimmt. Nicht ganz feststehend ist dagegen die Deutung der beiden anderen Randnotizen²⁾. Da wir die Archivalien, welche in des Kaisers unmittelbarer Verwahrung unter den Kleinodien sich vorfanden, im Ver-

¹⁾ Die oben angeführte Bemerkung über den Patriarchen von Antiochia ist ein weiterer sicherer Beleg für unsere Annahme der Entstehungszeit. ²⁾ Dön-

zeichniss mit *p.* vermerkt sahen, so dürfte dies wohl in *propria* aufzulösen sein; und da das „*cur.*“ neben einer Urkunde steht, welche, für kurze Zeit vom Patriarchen von Antiochia fortgeführt, nach besonderer Anordnung vom Kanzler herbeigeschafft und „*ad curiam*“ gebracht werden sollte, so scheint mir die Auflösung des *cur.* in *curia* wahrscheinlich und damit die Zuweisung der Archivalien an eine den Kaiser begleitende Hofbehörde, vielleicht die Kanzlei, ausgedrückt zu sein.

Das *registrum informationum* ist also — wie sich aus den bisherigen Erörterungen ergibt — ein Verzeichniss der bei Hofe befindlichen Archivalien, vom Kammernotar Bernhard aufgenommen zur Zeit des letzten Pisaner Aufenthaltes Heinrichs VII. und zu dem Zwecke, um höheren Orts die Verfügung über eine nothwendige Sonderung des archivalischen Vorrathes herbeizuführen.

Mittelbar wirft dies wichtige Schriftstück, welches unter den Ueberresten des deutschen Mittelalters einzig in seiner Art ist, ein erwünschtes Licht auf die Behandlung der Archivalien am Kaiserhof.

Zwar sagte uns das Verzeichniss nur, dass elf Urkunden sich beim Hofkapellan Gosswin und dann in der kaiserlichen Garderobe befanden, meldete uns aber nicht den Verwahrungsort der anderen 145 Stücke. Da sich indessen Bernhard den elf Urkunden gegenüber eben wegen ihrer Fundstelle zu einer eigenen Bemerkung veranlasst sah, so dürfen wir aus dieser Gegenüberstellung schliessen, dass alle anderen 145 an dem gewöhnlich diesem Zwecke dienenden Orte sich befanden, einem Ort, in dem ich die Kanzlei vermuthen möchte¹⁾.

Wir erfahren ferner, dass vor des Kaisers Abmarsch aus Pisa eine schriftliche Aufnahme des gesamten archivalischen Vorraths stattfand und derselbe daraufhin in drei Gruppen getheilt ward, indem die Stücke, welche auch während der kriegерischen Unternehmung gebraucht werden konnten und augenblicklich die wichtigsten waren, in des Kaisers unmittelbare Verwahrung kamen, andere minder bedeutungsvolle Urkunden der Verwaltung in der *curia* (der Kanzlei) zugeheilt und die übrigen Archivalien in Pisa zurückgelassen wurden. Von drei gleichlautenden Papstbriefen z. B. ward je einer an eine der drei Gruppen gewiesen²⁾.

niges 2, 112 Anm. 2 löste die drei Zeichen in „*registratum*“, „*paria*“ und „*curatorium*“ auf, ohne sich über die Bedeutung dieser Ausdrücke zu äussern.

¹⁾ Dafür spricht auch das Vorhandensein von privaten Schriftstücken des Hofkanzlers unter den kaiserlichen Archivalien vgl. unten S. 441. Das konnte nur möglich sein, wenn in der Kanzlei die k. Archivalien verwaltet wurden.

²⁾ Dönniges 2, 113 Z. 23—25.

Die grössere Masse ward naturgemäss zum Verbleiben in Pisa bestimmt: von 156 Stücken des Verzeichnisses 96, also etwa drei Fünftel. Nur von diesem Theil des Reichsarchivs haben sich Ueberreste bis auf unsere Tage erhalten, während von den beiden anderen sich nicht das Geringste mehr vorfindet und im Grunde nicht vorfinden konnte. Denn wir besitzen gar keinen Anhaltspunkt für die Annahme, dass nach des Kaisers Tode der auf dem Zug nach Süden mitgenommene archivalische Vorrath nach Pisa gebracht wurde. Ja über das Schicksal des einen Archivtheiles, der Gruppe „*propria*“, liegt sogar eine dem unmittelbar widersprechende Nachricht vor. Wie nämlich der Hofmarschall 29 Stücke derselben empfing, um sie nach Deutschland zu bringen¹⁾, so hat er jedenfalls zu gleichen Zwecken auch die anderen in des Kaisers unmittelbarem Nachlass vorgefundenen Archivalien in Besitz genommen.

Während über das Geschick der zwei Abtheilungen des Archivs wenigstens einige Andeutungen vorhanden waren, fehlt es über das der dritten Gruppe an jeder Ueberlieferung. Nur dass dieselbe nicht nach Pisa gekommen, ist mit Sicherheit anzunehmen. Vermuthlich aber ist auch sie nach Deutschland gewandert und hat mit den anderen kaiserlichen Archivalien einen frühzeitigen Untergang erlitten.

Nur der Ueberrest eines Theiles kaiserlicher Archivalien ist es demnach, der uns gegenwärtig in den beiden Pisaner Archiven vorliegt. Da aber bei der im August 1313 vorgenommenen Sonderung nicht eine sachliche Verschiedenheit, sondern allein die augenblickliche relative Brauchbarkeit der einzelnen Stücke massgebend war und da deshalb dieselben Gattungen von Archivalien den drei Abtheilungen in gleicher Weise zugewiesen wurden, so ist man in gewisser Hinsicht berechtigt, die Pisaner Ueberreste als Vertreter der einstigen gesammten Archivvorräthe des kaiserlichen Hofes anzusehen.

Allerdings müssen wir uns dabei einer grossen Lücke bewusst bleiben, welche naturgemäss diese Ueberreste aufweisen. Nicht nur die Gruppen „*propria*“ und „*curia*“ des Archives dürfen wir unter ihnen nicht suchen, sondern auch von dem Schriftenvorrath nichts zu finden hoffen, dessen sich die Hofbehörden und besonders die Kanzlei als unerlässliches Hilfsmittel ihres Schaffens zu bedienen pflegten: vornehmlich Finanzbücher und Urkundenregister. Wie der kaiserliche Hof wenigstens einen Theil des Archives mitnahm, als er sich von Pisa südwärts zu wenden anschickte, so musste ebenso die Kanzlei, die den Kaiser begleitete, ihre wichtigen Geschäftsbücher mitführen.

¹⁾ Vgl. oben S. 427 Anm. 4.

Damit haben wir die engeren Grenzen des archivalischen Materiales bestimmt, aus welchem die gegenwärtig zu Pisa befindlichen Ueberreste stammen. Nun gilt es noch zu erfahren, in welchem Umfange diese eine Archivabtheilung bis auf unsere Tage erhalten blieb.

Da bietet wieder das *registrum informationum* seine Dienste an.

In diesem hat ja Bernhard vor des Kaisers Abzug die Archivalien bei Hofe aufgeführt und die in Pisa zurückbleibenden ausdrücklich bezeichnet. Das Verhältniss des Vorhandenen zum einstigen Vorrath müsste sich also leicht feststellen lassen. Doch ersteht eine Schwierigkeit: das Verzeichniss Bernhards ist nicht vollständig. Noch jetzt bergen die beiden Pisaner Archive Schriftstücke aus Heinrichs VII. Nachlass, deren Erwähnung wir im *Registrum* vermissen¹⁾. Die Auslassungen sind zu umfangreich, um auf ein Versehen des Kammernotars, der überdies mit grosser Sorgfalt die Liste angelegt hat, zurückgeführt werden zu können. Da ferner das Verzeichniss zweifellos nicht bloss eine besondere Art von Archivalien, sondern den gesammten Vorrath bei Hofe angeben wollte — natürlich mit Ausnahme der von den Kammernotaren persönlich verwahrten Stücke, so ist das *registrum informationum*, wie es vorliegt, als ein Fragment anzusehen. Vielleicht könnte eine Einsicht in die Handschrift Klarheit bringen, ob und wo Blätter des Verzeichnisses verloren gegangen sind.

Nur unter der Voraussetzung, dass die Verhältnisszahlen, die dem Fragment entnommen werden, auch für das vollständige Verzeichniss Giltigkeit haben, dürfen wir demnach einige Folgerungen über den Umfang des Erhaltenen und die Grösse des Verlustes wagen.

Da von 96 Stücken, die nach den Angaben des *Registrums* zu Pisa zurückgelassen wurden, jetzt nur 33 erhalten sind, so kommen wir zu dem Ergebniss, dass nahezu zwei Drittheile des einstigen Pisaner Archivbestandes verloren gingen. Erwägen wir überdies, dass — allerdings nur den Aussagen des fragmentarischen Registers gemäss — bloss drei Fünftheile des kaiserlichen Archivs in Pisa zurückgelassen wurden, dass daher gegenwärtig kaum mehr als ein Fünftheil der im Jahre 1313 am Hofe Heinrichs vorhandenen Archivalien vorliegt²⁾ und dass dabei noch nicht einmal jenes Schriftenmaterial berücksichtigt ist, welches wir als Hilfsmittel der Verwaltung nicht

¹⁾ So z. B. die Papsturkunden Ficker, Wiener Sitzungsber. 14, Nr. 43, 63, 64, 84; Bonaini 1, Nr. 19, 38, 104, 137.

²⁾ Ficker, Wiener Sitzungsberichte 14, 152 kam auf anderem Wege zum Ergebniss, dass kaum ein Drittheil erhalten sei.

zum Archiv rechneten, so erkennen wir erst, wie gering die Ueberreste sind, welche den Lauf der Jahrhunderte überdauerten und uns mittelbar ein Bild des einstigen Reichthums bieten.

Es bedarf nicht nochmals einer Aufzählung der verschiedenen Arten erhaltener Archivalien, um die Mannigfaltigkeit des einstigen Bestandes zu kennzeichnen. Nur eine Eigenthümlichkeit ist hervorzuheben: die dem Mittelalter anhaftende Unfähigkeit, private und öffentliche Rechtssphären scharf zu sondern, zeigte sich auch in der Behandlung der Archivalien. Konnte es sich aus diesem Grunde ereignen, dass private Schriftstücke des Kanzlers in den Nachlass Heinrichs VII. sich verirrt¹⁾, so darf es uns um so weniger wunder nehmen, wenn Urkunden, welche Haussachen des Kaisers betrafen, sich im Reichsarchiv vorfanden²⁾. Und da dieser Mangel einer Sonderung ebenso in früheren Zeiten bestand, so wurden auf Heinrich VII. von den königlichen Vorgängern mitunter auch solche Schriftstücke vererbt, welche nicht Reichs- sondern Hausangelegenheiten derselben zum Inhalte besaßen³⁾.

Wir berühren damit zum Schlusse die wichtige Frage nach dem Vorhandensein eines Reichsarchives. Die Pisaner Vorräthe gehen bloss bis auf Rudolf von Habsburg zurück. Obwohl das im Hinblick auf das Interregnum eigentlich nicht auffallend erscheinen kann, so sind wir nicht daraus zu folgern berechtigt, das archivalische Erbe habe überhaupt nicht weiter zurückgereicht. Sind schon die gegenwärtigen Vorräthe nur dürre Reste des Bestandes vom Jahre 1313, so kommt noch hinzu, dass dieser selbst in seiner damaligen Vollständigkeit nur als Theil und vermuthlich als geringer Theil des gesammten Reichsarchivs anzusehen ist, welches Heinrich von seinen Vorgängern übernahm. Denn als der König über die Alpen zog, hatte er seinem Sohne Johann die deutsche Regierung überlassen und sicherlich zugleich auch die archivalischen Hilfsmittel überwiesen, deren er selbst nicht bedurfte⁴⁾.

So sind denn die wenigen Ueberreste nicht geeignet, uns über den Umfang der unter Heinrich VII. vorhandenen deutschen Reichsarchivalien zu belehren. Sie genügen indessen zur Erhärtung der Annahme, dass solche Schriftstücke von einem Herrscher auf den anderen fortgeerbt wurden. Und das war nur eine unbedingte Forderung der Verwaltung. Ohne archivalische Hilfsmittel, ohne Buchung, die eine weit grössere Ausdehnung besass, als wir gewöhnlich anzunehmen ge-

¹⁾ Ficker, Wiener Sitzungsber. 14, Nr. 34, 41, 48, 64. ²⁾ Ficker Nr. 35 f., 52, 53, 61. ³⁾ Ficker Nr. 27, 31. ⁴⁾ Schon Ficker, Wiener Sitzungsber. 14, 152 f.

neigt sind, wäre ein gedeihliches Reichsregiment allzu erschwert, vielfach unmöglich gewesen. Gewiss bestand die Verpflichtung der Privaterben eines Königs, an dessen Nachfolger die Reichsarchivalien auszuliefern — wie die Reichsinsignien. Aus dem Umstand, dass dies mitunter missachtet wurde, ist nicht das Bestehen des Rechtsgrundsatzes selbst zu leugnen. Und dass dieser schon im 13. Jahrhundert bestand und wirklich darnach gehandelt wurde, dafür bieten die Pisaner Vorräthe trotz aller Dürftigkeit einen unwiderlegbaren Beweis¹⁾.

Das ist eine jener vielen Belehrungen, die eine Betrachtung dieser Ueberreste gewährt. Weit über die Aussagen der einzelnen Schriftstücke hinaus reicht der Quellenwerth, den diese in ihrer Gesamtheit enthalten.

¹⁾ Anders Bresslau, Urkundenlehre 1, 142.